

Inhalt

Miet- und Immobilienrecht

Von Michael Drasdo

<i>M. Drasdo</i> , Der gesetzliche Übergang von Mietverträgen	417
Keine Grundbuchfähigkeit des nichtrechtsfähigen Vereins (BGH)	418
Zahlungsansprüche bei Zweier-Wohnungseigentümergeinschaft (LG Frankfurt a. M.)	419
Grunderwerbsteuer bei Zuschreibung weiteren Miteigentumsanteils (FG München)	419
Bewirkt „offenes“ Treuhandkonto anfechtbare Jahresabrechnung? (AG Mettmann)	419

Familienrecht

Von Martin Haußleiter und Barbara Schramm

Familienunterhalt bei einem stationär pflegebedürftigen Ehegatten (BGH)	420
Ehebedingter Nachteil bei Bezug von Lohnersatzleistungen (OLG Celle)	420
Gesamtschuldnerausgleich unter Ehegatten (OLG Hamm)	421
Umgangsrecht auf Grund sozial-familiärer Beziehung (OLG Hamm)	421
Aufenthaltsbestimmungsrecht bei Auswanderung eines Elternteils (OLG Brandenburg)	422

Erbrecht

Von Wolfgang Roth

<i>W. Roth</i> , Außerkraftsetzen der Erblasseranordnung bei Testamentsvollstreckung	423
Zulässige Ernennung des Notars als Testamentsvollstrecker (OLG Bremen)	424
Wer „allein mein Vermögen“ übernehmen soll, ist Alleinerbe (KG)	424

Verkehrsrecht

Von Rainer Heß und Michael Burmann

Anforderungen an die Sichtbarkeit von Halteverbotsschildern (BVerwG)	425
Schadenschätzung nach § 287 ZPO bei Sachverständigenkosten (BGH)	426
Bedeutung der Regulierungsvollmacht bei Verzug (OLG München)	427

Baurecht

Von Stefan Weise und Tobias Hänsel

<i>S. Weise</i> , Architektenhaftung für unentgeltliche Auskünfte	428
Bauträgerhaftung für Nachzügler I (BGH)	429
Bauträgerhaftung für Nachzügler II (BGH)	429
Zu vergütende Mängelbeseitigung als Mangelfolgeschaden (OLG Stuttgart)	430

Gesellschaftsrecht

Von Dieter Leuring und Daniel Rubner

Geschäftsführeranstellungsvertrag bei GmbH & Co. KG (BGH)	431
Haftungsansprüche wegen vorenthaltener Sozialversicherungsbeiträge (BGH)	431
Abberufung eines Vorstandsmitglieds wegen Zerwürfnisses (OLG München)	432
Beweislast nach Abberufung eines Vorstands wegen Vertrauensentzugs (OLG Celle)	433

Arbeitsrecht

Von Marcel Grobys und Robert von Steinau-Steinrück

R. von Steinau-Steinrück/M. Bertz, Schwellenwerte im Arbeitsrecht 434
 Probeweise Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit (BAG) 435
 Kürzbarkeit einer Betriebsrente wegen Teilzeitbeschäftigung (BAG) 436
 Feststellungsantrag bei abgeschlossenen personellen Maßnahmen (BAG) 436

Insolvenzrecht

Von Michael Dahl und Raul Taras

Kein Anspruch auf Aufrechterhaltung einer Haftpflichtversicherung (BGH) 437
 Klage auf Schadensersatz gegen Haftpflichtversicherung (BGH) 437
 Zwangsvollstreckung aus Eigentümergrundschuld (BGH) 438
 Zustimmungsvorbehalt in Eigenverwaltung (AG Heilbronn) 439

Strafrecht

Von Klaus Leipold und Stephan Beukelmann

M. Heim, Stärkung der Beschuldigtenrechte 440
 Beweisverwertungsverbot wegen Verstoßes gegen Richtervorbehalt (BGH) 441
 Strafzumessung bei Vergewaltigung (BGH) 441
 Beschwerde gegen Durchsuchung von Verteidigern vor Verhandlung (BGH) 441
 Einsicht in Audiodateien aus Telekommunikationsüberwachung (OLG Hamburg) 442
 Akteneinsicht im Kartellverfahren (AG Bonn) 442

Verfahrens- und Kostenrecht

Von Norbert Schneider

Umgangsrecht und Verfahrenskostenhilfebewilligung (BGH) 443
 Verfahren nach Einspruch gegen ein Versäumnisurteil (OLG Celle) 444
 Erledigungswert bei Inanspruchnahme des Kaskoversicherers (LG Arnsberg) 444
 Beschwerdeausschluss im Vergütungsfestsetzungsverfahren (OVG Münster) 445

Anwalt und Kanzlei

Von Christian Dahns

C. Dahns, Vertretung widerstreitender Interessen 446
 Blockade des beA? (AGH Berlin) 447

ISSN 1613-4621

NJW Spezial

Die wichtigsten Informationen zu speziellen Rechtsgebieten

Schriftleitung:

Rechtsanwalt *Tobias Freudenberg*, Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M., Postanschrift: Postfach 11 02 41, 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49. E-Mail: njw@beck-frankfurt.de Internet: www.njw.de

Redaktion:

Rechtsanwältin *Nathalie Dennier* (Verkehrsrecht); Rechtsanwalt *Tobias Freudenberg* (Insolvenzrecht); Rechts-

anwältin *Antje Glinski* (Anwalt und Kanzlei); Rechtsanwältin *Irina Huth* (Familienrecht); Rechtsanwalt *Dr. Andreas Kappus* (Miet- und Immobilienrecht); Rechtsanwältin *Dr. Maria Naucke-Lömker* (Erbrecht und Schlussredaktion); Rechtsanwältin *Esther Noske*, LL.M. (Verfahrens- und Kostenrecht sowie Koordination); Rechtsanwalt Prof. *Dr. Achim Schunder* (Arbeitsrecht); Rechtsanwältin *Dr. Monika Spiekermann* (Bau-recht); Rechtsanwalt *Dr. Stephan Tausch* (Strafrecht); Rechtsanwalt Prof. *Dr. Martin Weber* (Gesellschaftsrecht).

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt

auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX.

Erscheinungsweise:

Zweimal im Monat als Beilage zur NJW.

Bezugspreis 2016:

Der Bezugspreis von NJW-Spezial ist im Bezugspreis von NJW enthalten. Jahrestitel und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Druck: Mayr Miesbach GmbH, Am Windfeld 15, 83714 Miesbach.

INHALT

Aufsätze

Petra Buck-Heeb

Rechtsfolgen fehlender oder fehlerhafter Kreditwürdigkeitsprüfung 2065

Seit dem 21.3.2016 gelten durch das Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie europaweite Standards bei der Kreditvergabe. Der Beitrag befasst sich mit der neuen schuldrechtlichen Verpflichtung zur Kreditwürdigkeitsprüfung und vor allem mit einer Schadensersatzpflicht des Kreditgebers.

Mattis Aszmons / Merle Lackschewitz

Fallstricke beim Umgang mit dem erkrankten Arbeitnehmer 2070

Der Beitrag beleuchtet die rechtlichen Fallstricke im Umgang mit einem erkrankten Arbeitnehmer. Unter Berücksichtigung der jüngsten Entwicklungen in der Rechtsprechung werden rechtliche Risiken von der Anbahnung des Arbeitsverhältnisses bis zur Beendigung aufgezeigt und Lösungen vorgeschlagen.

Matthias Dann / Karsten Scholz

Der Teufel steckt im Detail – Das neue Anti-Korruptionsgesetz für das Gesundheitswesen 2077

Am 4.6.2016 ist das Gesetz zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen in Kraft getreten. Es schließt Strafbarkeitslücken und formuliert sanktionsbewehrte „Spielregeln“. Der Beitrag stellt die Neuregelungen vor und zeigt, dass sie in der Praxis zu schwierigen Abgrenzungsfragen führen.

Zur Rechtsprechung

Boris P. Paal

Persönlichkeitsrechtsschutz in Online-Bewertungsportalen 2081

(BGH, NJW 2016, 2106)

Bericht

Roland Kesselring / Matthias Hennig

Die Entwicklung des Architekten- und Ingenieurrechts der Jahre 2015 und 2016 2084

Forum

Bernd Rütters

Wer bestimmt, was „verfassungswidrig“ ist? 2087

Buchbesprechungen

Graf: Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV) und Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen (MiStra) (Maria Grafe) • **Bitter / Ott / Schimansky: Bankgeschäfte zwischen Markt, Regulierung und Insolvenz** (Martin Ahrens) • **Schmidt: Insolvenzordnung** (Sebastian Harder)

2089

NJW-aktuell

Editorial	3	Standpunkt	15	Rubrikenmarkt	26
Streit um Kruzifixe in Gerichtssälen W. Kockler		EU-Fluggastrechte – Gewaltenteilung à la Brüssel? E. Führich		web.report	28
Agenda	6	Haftungsseite	16	Stellenmarkt	29
Meldungen / Kolumne	7	Hinweispflicht auf Beratungshilfe J. Braun		Beck'sche Zeitschriften	36
Gesetzgebung	8	Wissenschaft & Hochschule	17	Buchhinweise	38
Rechtsprechung in Kürze	8	Ein Geldregen ist nicht zu erwarten T. Fetzer		Personalien	40
Entscheidung der Woche	9	Im Profil	18	Heftvorschau / Impressum	42
Interview	12	Eine Migrationsjuristin für Karlsruhe J. Jahn			
Hip-Hop in Karlsruhe S. Möllmann					

INHALT



Rechtsprechung

Europäische Gerichte			
EGMR 11.06.15 – 19844/08 Führerscheinentzug ohne mündliche Verhandlung	2091	BGH 27.04.16 – XII ZB 485/14 Anspruch des pflegebedürftigen Ehegatten auf Familienunterhalt (Anm. W. Reinken)	2122
EuGH 02.06.16 – C-438/14 Anerkennung eines im EU-Ausland frei gewählten Nachnamens mit Adelsbestandteilen	2093	OLG Bremen 17.02.16 – 4 WF 184/15 Ausgleichsanspruch für Mietzahlungen in der Trennungszeit	2125
Verfassungsgerichte		LG Wuppertal 04.12.15 – 8 S 80/15 Amtszustellung eines Urteils ohne Unterschrift	2127
BVerfG 25.02.16 – 1 BvR 1042/15 Anwaltliche Mehrfachvertretung im anwaltschaftlichen Rügeverfahren	2099	Strafgerichte	
Zivilgerichte		BGH 20.01.16 – 1 StR 398/15 Raubspezifische Verknüpfung von Nötigung und Wegnahme (Anm. J. Habetha)	2129
BGH 09.12.15 – VIII ZR 349/14 Unwirksame Klausel in AGB eines Gasversorgungsunternehmens	2101	Verwaltungsgerichte	
BGH 04.12.15 – V ZR 202/14 Schadensersatz bei verzögerter Zustimmung des vormerkungswidrig Eingetragenen	2104	OVG Lüneburg 29.03.16 – 12 ME 32/16 Nichtberechtigung zum Führen von Kraftfahrzeugen aufgrund einer EU-Fahrerlaubnis	2132
BGH 01.03.16 – VI ZR 34/15 Zumutbarer Prüfungsaufwand des Providers – Ärztebewertungsportal III	2106	Arbeitsgerichte	
BGH 01.12.15 – X ZR 170/12 Anwaltshaftung bei Abmahnung – Unberechtigte Schutzrechtsverwarnung II (Anm. M. Vohwinkel/M. W. Huff)	2110	BAG 04.11.15 – 7 AZR 933/13 Schriftform des befristeten Arbeitsvertrags – Auflockerungsrechtsprechung	2134
BGH 28.01.16 – IX ZR 185/13 Grenzen des Vorteilsausgleichs bei Insolvenzanfechtung	2115	BAG 17.12.15 – 6 AZR 709/14 Erklärung vorzeitigen Ausscheidens in Abwicklungsvertrag – Keine Telefax-Kündigung	2138
BGH 03.03.16 – IX ZR 132/15 Wirkung einer Rückabwicklung in der Insolvenz	2118	Finanzgerichte	
		BFH 10.03.16 – VI R 58/14 Eigene Berufshaftpflichtversicherung einer Rechtsanwalts-GbR kein Arbeitslohn	2142

Mit Beilage: NJW-Spezial Heft 14/2016

Miet- und Immobilienrecht
Der gesetzliche Übergang von Mietverträgen

Familienrecht
Familienunterhalt bei stationär pflegebedürftigem Ehegatten

Erbrecht
Erblasseranordnungen bei Testamentsvollstreckung

Verkehrsrecht
Anforderungen an die Sichtbarkeit von Halteverbotsschildern

Baurecht
Architektenhaftung für unentgeltliche Auskünfte

Arbeitsrecht
Schwellenwerte im Arbeitsrecht

Strafrecht
Stärkung der Beschuldigtenrechte

Verfahrens- und Kostenrecht
Umgangsrecht und Verfahrenskostenhilfebewilligung

Anwalt und Kanzlei
Vertretung widerstreitender Interessen

Alle Rubriken
Rechtsprechungsübersichten



Herausgeber

Professor Dr. Dr. Eric Hilgendorf, Würzburg
Professor Dr. Matthias Jestaedt, Freiburg i.Br.
Professor Dr. Herbert Roth, Regensburg
Professor Dr. Astrid Stadler, Konstanz

Professor Dr. Bernhard Großfeld, Münster (bis 2000)
Professor Dr. Christian Starck, Göttingen (bis 2006)
Professor Dr. Dr. h.c. Rolf Stürner, Freiburg i.Br. (bis 2012)

Redaktion

Martin Idler, Tübingen

Mohr Siebeck

14^{71.} Jahrgang
15. Juli 2016

Juristen Zeitung



Inhalt

Aufsätze

Professor Dr. **Josef Franz Lindner**
Einheit der Rechtswissenschaft als Aufgabe **697**

Professorin Dr. **Catherine Haguenu-Moizard**
Notstandsgesetzgebung in Frankreich **707**

Professor Dr. **Volker Haas**
Das (nicht mehr ganz) neue Institut des Behandlungsabbruchs **714**

Besprechungsaufsatz

Privatdozent Dr. **Martin Fries**
Die Hemmung der Verjährung durch Güteanträge
im System der §§ 203 und 204 BGB **723**

Rechtsprechungsbericht

Professor Dr. **Wolfgang Kahl**
Neuere höchstrichterliche Rechtsprechung
zum Umweltrecht – Teil 2 **729**

Umschau

Glückwünsche

Friedrich-Christian Schroeder zum 80. Geburtstag
Privatdozent Dr. **Ken Eckstein** **739**

Dietmar Willoweit zum 80. Geburtstag
Professor Dr. **Steffen Schlinker** **739**

Literatur

Otto Triffterer/Kai Ambos (Hrsg.): The Rome Statute
of the International Criminal Court. A Commentary
Professor Dr. **Gerson Trüg** **740**

Andreas Götz: Der Schutz von Betriebs- und
Geschäftsheimnissen im Zivilverfahren
Professorin Dr. **Astrid Stadler** **742**

Entscheidung

BGH, 25. 9. 2015 – V ZR 246/14
mit Anmerkung von
Professor Dr. **Martin Häublein**
Ausgleichsanspruch in der Eigentümergemeinschaft
bei eigenmächtiger Instandsetzung **744**

BGH, 28. 10. 2015 – IV ZR 526/14
Keine Verjährungshemmung bei Rechtsmissbräuchlichkeit
eines Güteantrags **750**

JZ Information

Aktuelles aus der Rechtsprechung **432***
Aus dem Inhalt der nächsten Hefte **432***
Aus den Hochschulen **433***
Gesetzgebung **434***
Entscheidungen in Leitsätzen **435***
Neuerscheinungen **448***
Zeitschriftenübersicht **461***
Sammelwerke **466***
Impressum **466***

ÖJZ aktuell 625

Beiträge

→ Schadenersatzverjährung bei Haftung für fremdes Verhalten 629

Nach dem Wortlaut des § 1489 Satz 1 ABGB verjähren Entschädigungsklagen in drei Jahren von der Zeit an, zu welcher der Schaden und die Person des Beschädigers dem Beschädigten bekannt wurden. Die hA geht jedoch davon aus, dass für den Beginn der dreijährigen Verjährungsfrist nicht die Kenntnis des „Beschädigers“, sondern jene des „Ersatzpflichtigen“ ausschlaggebend sei. Der Beitrag würdigt diese Auffassung kritisch und geht dabei insb der Frage nach, ob der Interpretation für sämtliche Fälle beizupflichten ist.

Von Jakob Kepplinger

→ Die Grenzen der Öffentlichkeit im Zivilprozess 635

Die Öffentlichkeit der Verhandlung ist ein zentraler Angelpunkt für die Verfahrenskontrolle und garantiert das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtspflege. Der Beitrag bietet einen Überblick über Umfang, Grenzen und Ausschluss der Öffentlichkeit im zivilgerichtlichen Verfahren.

Von Roland Parzmayr

→ Rechtsprechung des EGMR 2015 (1) 644

Der Beitrag setzt den Überblick über ausgewählte Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu den materiellen Grundrechten der EMRK und ihren ZP für das Jahr 2015 fort; der erste Teil behandelt die Rsp zu Art 2, 3 und 6 EMRK.

Von Rudolf Thienel

→ Soziale Kontrolle in strafrechtlichen und mediativen Verfahren 652

Das formalisierte Strafverfahren und der strafrechtliche Tatausgleich sind nicht nur unterschiedliche Verfahrensweisen, um strafrechtliche Delikte zu prozessieren. Im Beitrag wird gezeigt, dass es sich um einander diametral entgegengesetzte soziale Kontrollformen handelt, die verschiedenen sozialen Ordnungssystemen angehören: der rechtlichen und der alltäglichen Ordnung, die – so das Argument – durch einen „Bruch“ voneinander getrennt sind. Fallbeispiele, die einem internationalen Mediationsprojekt entnommen sind, illustrieren die Analyse.

Von Wolfgang Stangl

→ Bemerkungen zur SSt 2013 660

Der Beitrag gibt einen Überblick über den Jahrgang 2013 der amtlichen Sammlung des Obersten Gerichtshofs in Strafsachen.

Von Robert Jerabek

Evidenzblatt

→ Außerstreitverfahren 666

OGH 17. 11. 2015, 10 Ob 99/15 d

92: Bindung an akzeptierte Zuständigkeitsübertragung

Mit Anmerkung von Birgit Schneider

→ Datenschutzrecht 668

OGH 23. 2. 2016, 6 Ob 225/15 d

93: Grenzen der Durchsetzung von Datenschutzrechten im Gerichtsverfahren

Mit Anmerkung von Martin Lutschounig

→ Enteignungsrecht 672

OGH 20. 1. 2016, 3 Ob 204/15 v

94: Enteignungsentschädigung ist nur bei Substanzverlust aufzuwerten



→ Erbrecht 674
OGH 19. 1. 2016, 2 Ob 41/15 s
95: Erbteilungsklage vor Einantwortung
Mit Anmerkung von Peter Apathy

→ Familienrecht 678
OGH 19. 2. 2016, 8 Ob 124/15 s
96: Der negative Anspannungsgrundsatz

→ Schadenersatzrecht/Zivilverfahren 680
OGH 19. 1. 2016, 2 Ob 186/15 i
97: Tödlicher Sturz über den Pistenrand

→ Schadenersatzrecht 682
OGH 28. 1. 2016, 1 Ob 258/15 w
98: Verjährung wird wegen Dissoziation nicht gehemmt

→ Strafprozessrecht 685
OGH 14. 3. 2016, 15 Os 16/16 s
99: Ausschluss der Öffentlichkeit

OGH 26. 1. 2016, 14 Os 70/15 y 687
100: Prozessualer Tatbegriff

→ Strafrecht 689
OGH 17. 2. 2016, 15 Os 187/15 m
101: Sanktionsermessensgrenze

EvBI-Leitsätze

→ Familienrecht 691
OGH 29. 3. 2016, 8 Ob 146/15 a
105: Aufenthaltsbestimmungsrecht

→ Gewährleistungsrecht 692
OGH 20. 1. 2016, 3 Ob 213/15 t
106: Gewährleistungsberechtigter muss Mängelbehebung ermöglichen und dafür notwendige Vorarbeiten veranlassen

→ Sachenrecht 693
OGH 20. 4. 2016, 5 Ob 7/16 i
107: Einverleibtes Vorkaufrecht begründet Abforderungsanspruch gegen (eingetragenen) Dritten

→ Sachwalterrecht 693
OGH 16. 3. 2016, 3 Ob 29/16 k
108: Über medizinische Behandlung entscheidet Betroffener (grundsätzlich) allein

→ Schadenersatzrecht 694
OGH 16. 3. 2016, 3 Ob 258/15 k
109: Sachverständiger haftet für ein unrichtiges SV-Gutachten

OGH 17. 3. 2016, 2 Ob 112/15 g 695
110: Richtlinienwidrige Ausnahme von der Entschädigungspflicht

→ Schuldrecht 695
OGH 21. 4. 2016, 9 Ob 12/16 d
111: Bauträgervertrag: Liegenschaftsveräußerer ist Dritter und nicht Bauträger

→ Sozialversicherungsrecht 695
 OGH 22. 2. 2016, 10 ObS 81/15 g
 112: Verweisbarkeit auch bei chronischem Reizhusten

OGH 22. 2. 2016, 10 ObS 151/15 a 696
 113: Kein Unfallversicherungsschutz bei Taxi-Bobfahrt während eines Seminars

→ Strafprozessrecht 697
 OGH 9. 3. 2016, 13 Os 146/15 t
 114: Keine Ausgeschlossenheit durch Erfüllung einer Dienstpflicht

OGH 13. 4. 2016, 13 Os 131/15 m 697
 115: SVGebühren nicht Gegenstand von Erneuerung des Verfahrens

→ Strafrecht 698
 OGH 6. 6. 2016, 17 Os 8/16 d
 116: Ges Erlaubnis hindert Strafbarkeit

EuGH-Entscheidungen 698

Jetzt/demnächst in Kraft 702


Kosten

→ Kostenseitig 704
 Von Josef Obermaier

Standards


→ Buchbesprechung 702


→ Impressum U2



DAG, Dako, ecolex, immoex, ÖJZ,
taxlex und VbR „am App der Zeit“

Für Apple iOS und Android





Inhalt

Autoren dieses Heftes:

RA Dr. Manfred Ainedter, Wien
em. RA MMag. Dr. Walter Anderl, Innsbruck
RA Mag. Gerold Beneder, Wien
RA Dr. Michael Buresch, Wien
Mag. Alexander Dittenberger, ÖRAK
RA Mag. Franz Galla, Wien
Dr. Andreas Gerhartl, Wien
RA Dr. Adrian Eugen Hollaender, Wien
RA Mag. Dr. Gabriele Krenn, Graz
Mag. Susanne Laggner-Primosch, RAK Kärnten
em. RA Dr. Nikolaus Lehner, Wien
Mag. Danijela Milicevic, ÖRAK
RA Dr. Gernot Murko, Klagenfurt
Judith Priglinger, Bibliothek RAK Wien
RA Dr. Ullrich Saurer, Graz
RA Dr. Wolf-Georg Schärf, Wien
Dr. Barbara Schloßbauer, Salzburg
RAA Mag. Lukas-Sebastian Swoboda, Wien
RA Dr. Geertje Tutschka, Salzburg
Sen. Sc. Mag. Dr. Rainer Weiß, Linz
Mag. Rainer Wolfbauer, Wien
RA Dr. Rupert Wolff, Salzburg

Impressum

Medieninhaber: MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH.
Sitz der Gesellschaft: Kohlmarkt 16, 1010 Wien. FN 124 181 w, HG Wien,
Unternehmensgegenstand: Verlag von Büchern und Zeitschriften.

Verlagsadresse: Johannesgasse 23, 1015 Wien (verlag@manz.at).

Geschäftsleitung: Mag. Susanne Stein (Geschäftsführerin) sowie Prokurist
Dr. Wolfgang Pichler (Verlagsleitung).

Herausgeber: RA Dr. Rupert Wolff, Präsident des Österreichischen Rechts-
anwaltskammertages, Wollzeile 1–3, 1010 Wien,

Tel: (01) 535 12 75, Fax: (01) 535 12 75-13,

E-Mail: rechtsanwaelte@oerak.at, www.rechtsanwaelte.at

Redaktionsbeirat: RA Dr. Gerhard Benn-Ibler, RA Dr. Michael Enzinger,
RA Dr. Georg Fialka, em. RA Dr. Klaus Hoffmann, RA Dr. Wolfgang Kleibel, RA
Dr. Elisabeth Scheuba, RA Dr. Rupert Wolff.

Redakteur: Bernhard Hruschka Bakk., Generalsekretär des Österreichischen
Rechtsanwaltskammertages

Redaktion: Generalsekretariat des Österreichischen Rechtsanwalts-
kammertages, Wollzeile 1–3, 1010 Wien, Tel: (01) 535 12 75,

Fax: (01) 535 12 75-13, E-Mail: anwaltsblatt@oerak.at

Druck: Ferdinand Berger & Söhne Ges.m.b.H., 3580 Horn.

Verlags- und Herstellungsort: Wien.

Grundlegende Richtung: Juristische Fachzeitschrift, im Besonderen
für das Ständerecht der Rechtsanwaltschaft, zugleich Organ des
Österreichischen Rechtsanwaltskammertages und der österreichischen
Rechtsanwaltskammern.

Zitiervorschlag: AnwBl 2016, Seite.

Anzeigen: Heidrun R. Engel, Tel: (01) 531 61-310, Fax: (01) 531 61-181,
E-Mail: heidrun.engel@manz.at

Bezugsbedingungen: Das AnwBl erscheint 11 x jährlich (1 Doppelheft). Der
Bezugspreis 2016 (78. Jahrgang) beträgt € 295,- (inkl Versand in Österreich).
Einzelheft € 32,20. Auslandspreise auf Anfrage. Nicht rechtzeitig vor ihrem
Ablauf abbestellte Abonnements gelten für ein weiteres Jahr als erneuert.
Abbestellungen sind schriftlich bis spätestens sechs Wochen vor Jahresende
an den Verlag zu senden.

AZR: Die Abkürzungen entsprechen den „Abkürzungs- und Zitierregeln der
österreichischen Rechtssprache und europarechtlicher Rechtsquellen (AZR)“,
7. Aufl (Verlag MANZ, 2012)

Haftungsausschluss: Sämtliche Angaben in dieser Zeitschrift erfolgen trotz
sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr. Eine Haftung der Autoren, der
Herausgeber sowie des Verlags ist ausgeschlossen.

Grafisches Konzept: Michael Fürnsinn für buero8, 1070 Wien (buero8.com).
Wird an Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter unentgeltlich abgegeben.
Nachdruck, auch auszugsweise, ist mit Zustimmung der Redaktion unter
Angabe der Quelle gestattet. Namentlich gezeichnete Beiträge geben
ausschließlich die Meinung der Autoren wieder.

Impressum abrufbar unter www.manz.at/impressum

Editorial

Präs. Dr. Rupert Wolff
Demokratie und Rechtsstaat

Wichtige Informationen

Werbung und PR

Termine

Recht kurz und bündig

Abhandlungen

Dr. Barbara Schloßbauer
Markenrechtliche Aspekte bei der Einführung von ein- und
zweistelligen Domains unter .at

Dr. Andreas Gerhartl
Zustellungen ins Ausland

Mag. Lukas-Sebastian Swoboda
„Wrongful birth“ und „wrongful conception“ im Lichte des
österreichischen Schadenersatzrechts

Aus- und Fortbildung

Chronik

Rechtsprechung

Zeitschriftenübersicht

Rezensionen

Indezahlen

Inserate

373

375

376

377

379

383

386

392

401

406

413

423

429

433

434

<i>Jens S. Dangschat</i> , Armut im Wohlstand – ein Widerspruch oder doch ein kausaler Zusammenhang?	71
<i>Heinz Schoibl</i> , Armut im Wohlstand ist singularisiert und verdeckt. Probleme der Sichtbarkeit von Armut und Wohnungslosigkeit	78
<i>Barbara Cargnelli-Weichselbaum</i> , Sichtbare Armut durch bettelnde Menschen – aktuelle Fragestellungen zu Bettelverboten aus verfassungsrechtlicher Perspektive	85
<i>Franz Merli</i> , Armut und Demokratie	107
<i>Nora Melzer-Azodanloo</i> , Die arbeitsrechtlichen Maßnahmen gegen Armut trotz Erwerbstätigkeit unter besonderer Berücksichtigung von Entgeltregelungen – ein Überblick	116
<i>Magdalena Pöschl</i> , Armut und Gleichheit	121
<i>Lycane Sautner</i> , Wie Armut den Zugang zum Recht beeinflusst. Die strafrechtliche Perspektive	135
<i>Joachim Stern</i> , Zugang zum Recht: Das Verwaltungsgerichtsverfahren.	144
<i>Walter Obwexer</i> , Völker- und unionsrechtliche Rahmenbedingungen für eine Begrenzung des Zustroms von Schutzsuchenden (Richtwert/„Obergrenze“)	152
<i>Bernd-Christian Funk</i> , Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen für eine Begrenzung des Zustroms von Schutzsuchenden (Richtwert/„Obergrenze“)	177
<i>Albin Larcher</i> , Das Kumulationsprinzip in der Praxis. Aktuelle Rechtsprechung	189
<i>Gerhart Wielinger</i> , Zum Kumulationsprinzip im Verwaltungsstrafrecht – ein Vorschlag zur Beseitigung einer Altlast	195

REZENSIONEN UND BERICHTE

Daniel Fink/Peter M. Schulthess (Hrsg), Strafrecht, Freiheitsentzug, Gefängnis (<i>Arno Pilgram</i>)	200
Birgit Mennel/Monika Mokre (Hrsg), Das große Gefängnis (<i>Arno Pilgram</i>)	200

DOKUMENTATION-EUROPA

<i>Michael Erhart</i>	204
---------------------------------	-----

DOKUMENTATION-ÖSTERREICH

<i>Günther Schefbeck</i>	206
------------------------------------	-----

Herausgeber: Heinz Fischer, Bernd-Christian Funk, Rudolf Machacek †, Roland Miklau, Heinrich Neisser, Alfred J. Noll, Anton Pelinka, Manfred Welan

In Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Parlament

Schriftleitung: Michael Holoubek, Georg Lienbacher

Ständige Korrespondenten: Josef Azizi, Luxemburg; Ulrich Becker, München; Michael Erhart, Brüssel; Christoph Grabenwarter, Wien; Armin Hatje, Hamburg; Matthias Jestaedt, Freiburg/Breisgau; Susanne Kalss, Wien; Martin Karollus, Linz; Michael Potacs, Wien; Günther Schefbeck, Wien; Martin Schulte, Dresden; Ewald Wiederin, Wien

Legal Studies



The Prison Boom and Sentencing Policy / 1

Derek Neal and Armin Rick

A Theory of Whistleblower Rewards / 43

Yehonatan Givati

Law Enforcement in a Federal System: On the Strategic Choice of Sanction Levels / 73

Tim Friehe and Thomas J. Miceli

Punitive Police? Agency Costs, Law Enforcement, and Criminal Procedure / 105

Dhammika Dharmapala, Nuno Garoupa, and Richard H. McAdams

Multiple Causation, Apportionment, and the Shapley Value / 143

Samuel Ferey and Pierre Dehez

Sharing Residual Liability: The Cheapest Cost Avoider Revisited / 173

Emanuela Carbonara, Alice Guerra, and Francesco Parisi

***Evenwel*, Voting Power, and Dual Districting / 203**

Paul H. Edelman

Aufsätze

Inhalt

Prof. Dr. Bernd J. Hartmann, LL.M. (Virginia), Institut für Kommunalrecht und Verwaltungswissenschaften der Universität Osnabrück
Konnektivitätsgebot und kommunale Selbstverwaltung im Verfassungsrecht Nordrhein-Westfalens 145

Norbert Meier, Finanzjurist im Rechtsamt der Stadt Essen,
Zur Haftung von Kuratoriumsmitgliedern unselbständiger örtlicher Stiftungen
gem. § 100 GO NRW 150

Prof. Dr. Stefan Eisner, Professor für öffentliche Betriebswirtschaftslehre an der
Kommunalen Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen (HSVN),
und
Dino Schubert, Dipl.-Verwaltungswirt (FH), Braunschweig,
und
Nico Pannemann, Fachbereichsleiter „Innere Dienste“ bei der Gemeinde Edewecht,
Digitalisierung der Rechnungsbelegung in der Gemeindeverwaltung anhand
einer Fallstudie der niedersächsischen Gemeinde Edewecht 151

Dr. Jörg Hopfe, Bereichsleiter „Förderberatung & Kundenberatung“ der NRW.BANK
Neuen kommunalen Herausforderungen mit vertrauten Partnern begegnen 156

Aus den Verbänden

Hansheiner Hähle, Dipl.-Verwaltungswirt, Ltd. Städtischer Verwaltungsdirektor a.D.,
ehem. Leiter der Stadtkammerlei Mönchengladbach
Fachverband der Kammerer in NRW e.V. – Vorstandssitzung am 25.2.2016 in Bonn 161

Aus der Rechtsprechung 162

Buchbesprechung 167

07 Fachzeitschrift
2016 für das kommunale Haushalts- und Wirtschaftsrecht,
das Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen sowie
das gesamte kommunale Abgabenrecht
117. Jahrgang

der gemein haushalt

D3-2313



Journal of WORLD TRADE



Volume 50

June 2016

Issue 3

Pitching outside the DSU: Preliminary Rulings in WTO Dispute Settlement	<i>Jayant Raghu Ram</i>	369
Circumvention of Anti-dumping: A Law and Economics Analysis of Proportionality in EU Rules	<i>Laura Puccio & Aksel Erbahar</i>	391
The Challenges of China's Recent FTA: An Anatomy of the China-Korea FTA	<i>Heng Wang</i>	417
Sixty Years of EU-Israeli Trade Relations: The Expectations-Delivery Gap	<i>Guy Harpaz & Gadi Heimann</i>	447
The Eagle Meets the Dragon—Two Superpowers, Two Mega RTAs, and So Many in Between: Reflections on TPP and RCEP	<i>Yong-Shik Lee</i>	475
Regulatory Coherence and Pathways towards Global Wine Regulation	<i>Vicki Waye</i>	497
A Continental Free Trade Area: Imperatives for Realizing a Pan-African Market	<i>Laura Páez</i>	533

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen	Ahrendt, Martina , Dr., Richterin am Bundesarbeitsgericht, Erfurt Diskriminierung in der betrieblichen Altersversorgung durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz	129
	Boemke, Burkhard , Prof. Dr. und Jäger, Jan-David , wiss. Mitarbeiter, Leipzig Die Entstehung des Lohnanspruchs des Arbeitnehmers (§ 611 Abs. 1 BGB)	141
	Gäntgen, Hans Jörg, Dr. , Vizepräsident des Landesarbeitsgerichts, Köln Die Leistungsbeurteilung im Arbeitszeugnis	147
	Höpfner, Clemens , Prof., Dr., und Richter, Nadja , akadem. Mitarb., Konstanz Wiederaufnahme des Verfahrens und Wiedereinstellungsanspruch nach Verstoß gegen die EMRK?	149
Entscheidungs- besprechungen	Pfrogner, Julia , Dr., München Unterlassungsanspruch des Arbeitgebers gegen den Betriebsrat - - Anmerkung zu BAG v. 17.03.2010 - 7 ABR 95/80 und v. 15.10.2013 - 1 ABR 31/12	161
	Schmidt, Bettina , Rechtsanwältin, Bonn Zur Kündigung bei häufigen Kurzerkrankungen sowie zum betrieblichen Eingliederungsmanagement (bEM) - Anmerkung zu BAG v. 20.11.2014 - 2 AZR 755/13	166
	Feußner, Benny , Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Berlin Unwirksamkeit der Kündigung eines Arbeitsverhältnisses durch den nicht- eingetragenen GmbH-Geschäftsführer aufgrund negativer Publizitätswirkung des Handelsregisters - Anmerkung zu LAG Berlin-Brandenburg v. 27.08.2015 - 5 Sa 860/10	171
Kurzbeiträge und Informationen	Wank, Rolf , Prof., em., Dr., Bochum Neues in Arbeitszeitrecht und Arbeitsschutzrecht? Bericht vom 2. Deutschen Arbeitsrechtstag Stellungnahme des Deutschen Anwaltvereins durch den Ausschuss Arbeitsrecht zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer Gesetze	172
	Collin, Peter , PD, Dr., Frankfurt Symposium „Nationale Sozialpartnervereinbarungen zur Arbeitsverfassung“ Tagung im Dezember 2015 im Max-Planck-Institut Frankfurt	176
	Personalien	177
	Schrifttum	178
	vom Stein, Jürgen, Schlegel, Rainer, Rothe, Isabel (Hrsg.) Gesundheitsmanagement und Krankheit im Arbeitsverhältnis (Rudolf Anzinger)	178
	Arnold, Jürgen, Die Gewerbeberichte in Württemberg (1891 - 1927) (Claas-Hinrich Germelmann)	179
	Pulte, Peter, Bigos, Bianca Betriebsvereinbarungen in der Praxis (Heinz-J. Bontrup)	179
	Müller-Glöge, Rudi, Preis, Ulrich, Schmidt Ingrid (Hrsg.) Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht (Mark Lembke)	180

**IN ALLER KÜRZE**

2

THEMA**Bettina Sabara: Kündigung und Entlassung während der Schwangerschaft**

3

Ist eine Arbeitnehmerin schwanger, so besteht Kündigungs- und Entlassungsschutz, dh, die Arbeitnehmerin kann ohne Zustimmung des Gerichts nicht gekündigt oder entlassen werden. Das Gericht wird seine Zustimmung zudem nur bei Vorliegen bestimmter im Gesetz genannter Gründe erteilen. Der aktuelle Beitrag informiert darüber, was alles im Zusammenhang mit dem besonderen Bestandschutz schwangerer Arbeitnehmerinnen zu beachten ist.

RECHTSPRECHUNG**» ARBEITSRECHT**

Betriebsübergang durch Inhaberwechsel	8
Angestellte Tierärzte: Leitende Angestellte nach AZG und ARG?	9
Einseitige Zuweisung zu „Ersatz Tätigkeiten“: Änderung des Arbeitsvertrages?	10
Journalist einer Tageszeitung als echter Dienstnehmer	11
Teilnahme eines BR-Mitglieds in Disziplinarkommission	12
Strittige Formulierung eines Dienstzeugnisses	12
Scherzhafte Herabsetzung des Unternehmens in E-Mail an Geschäftspartner: kein Verstoß gegen das UWG	14

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Anrechnung von Ersatzzeiten für Schulbesuch	15
Erwerbsunfähigkeit bei selbstständig Erwerbstätigen	17
Härtefallregelung bei Invaliditätspension – Tätigkeiten mit geringstem Anforderungsprofil	18

» STEUERRECHT

Veruntreuung von Einnahmen durch Angestellte – Verjährung der USt	18
Subventionen ohne Einfluss auf Verkaufspreis – keine USt-Pflicht	19

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

7

Aufsätze

Rainer Schlegel , Arbeitszeitsouveränität – sozialrechtliche Aspekte	268
Robert Knegt , Arbeitszeitregulierung in den Niederlanden: eine Bestandsaufnahme der Entwicklungen seit 1996	273
Thomas Klebe , Crowdwork: Faire Arbeit im Netz?	277
Nikita Karavaev , Mitbestimmung des BR bei Betriebsänderungen durch vereinbarte Kapitalbeteiligung der AN – Ein Beitrag zur Reformdebatte	282

Arbeit und Rechtspolitik

Bericht aus Berlin	286
Aktuelles aus Brüssel und Straßburg	288

Arbeit und Rechtsgeschichte

Kay Ohl , Der Kampf um die »Steinkühlerpause«	G13
--	-----

Arbeit und Sozialrecht

Winkel/Nakielski , BSG: Krankengymnastin bei Einbindung in Therapiezentrum sozialversichert	290
BFH : Schon Arbeitsuchend-Meldung sichert Kindergeld für Jugendliche zwischen 18 und 21	

Arbeit und Steuerrecht

Gamp , Eigene Berufshaftpflicht-Versicherung einer Anwalts-GbR ist für angestellte RA lohnsteuerfrei	292
---	-----

Personalien | Termine | Info | Gelesen

Luis Ledesma 75 Jahre Personalien	293
Buchbesprechungen Termine	294
Info Aufgespießt Neuerscheinungen Aus anderen Zeitschriften	295

Rechtsprechung

Leitsätze der Redaktion mit Volltextzugang

1. Individuelles Arbeitsrecht

Arbeitsvertragrecht:

BAG	20.01.16	Befristung, Personelle Kontinuität der Betriebsratstätigkeit als sonstiger Sachgrund	296
BAG	20.01.16	Befristung, wissenschaftliches Personal, Lehrkraft für besondere Aufgaben	
BAG	22.01.16	Leiharbeit, Verfallklausel, Teilbarkeit, equal pay, Lohnabrechnung	297
BAG	24.02.16	Leiharbeit, Verzichtsklausel, Aufhebungsvertrag, equal pay	

Arbeitszeit:

LAG Düsseldorf	29.07.15	Arbeit auf Abruf/nach Anfall	
----------------	----------	------------------------------	--

Kündigung:

LAG Baden-Württ.	26.06.15	Betriebsbegriff, priv. Haushalt, Hausangestellte, Kündigungsfrist	
BAG	24.02.16	Beamte, Befristung, sachgrundlose, Vorbeschäftigung, AG	

Öffentlicher Dienst:

BVerfG	02.05.16	Beamte, Telekom	
BAG	17.03.16	Erwerbsminderungsrente, Ruhen des Arbeitsverhältnisses	
BAG	18.05.16	Jahressonderzahlung, Pfändbarkeit	
BAG	24.01.16	Vorübergehende Übertragung höherwertiger Tätigkeit	298

Urlaubsrecht:

BAG	15.12.15	Urlaubsentgelt, MTV private Versicherungen, Berücksichtigung durch Freizeit ausgeglichener Mehrarbeit	
BAG	12.04.16	Staffel nach Lebensalter, Diskriminierung jüngerer AN	



Vergütung:			
BAG	27.01.16	Eingruppierung, Bauleiterin, GBV E-Plus Mobilfunk	
LAG Berlin-BB	09.01.15	Sittenwidriger Lohn, Ausschlussfrist	
Zwangsvollstreckung:			
ArbG Gelsenkirchen	14.04.16	Aufhebung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, einstweilige Anordnung, Auskunft Finanzamt	
2. Kollektives Arbeitsrecht			
Betriebsverfassung:			
LAG Niedersachsen	29.10.15	Fachkraft für Arbeitssicherheit, Kündigung, Zustimmung BR, Benachteiligung	
LAG Nürnberg	03.11.15	Sozialplan, mittelbare Frauendiskriminierung	299
Tarifrecht:			
LAG Düsseldorf	11.05.16	Entgelttarifvertrag ERTV 2010	
Vereinigungsfreiheit:			
EGMR	26.05.16	Abschaffung des Agricultural Wages Board of England and Wales (AWB)	
EGMR	24.05.15	Gewerkschaftliche 1. Mai Demonstration	
US Supreme Court	29.03.16	Negative Vereinigungsfreiheit, Fair share service fee	
3. Verfahrensrecht:			
Überlange Verfahrensdauer:			
LAG Köln	19.02.16	Entschädigung	
Prozesskostenhilfe:			
BAG	28.04.16	Einkommen iSv. § 115 Abs. 1 Satz 2 ZPO, Studienkredit der KfW	
Schriftsatz:			
BGH	01.03.16	Ausgangskontrolle	
4. Sozialrecht:			
Arbeitslosenversicherung:			
BVerfG	06.05.16	ALG II-Saktionen, Verfassungswidrigkeit, unzulässige Richtervorlage	300
Beitragsrecht:			
BFH	20.04.16	Einbehaltung, Ansprüche der AN	
LSG Baden-Württ.	10.05.16	Lohnumwandlung »Nettolohnoptimierung«	
Kindergeld:			
BFH	14.02.16	Im EU-Ausland lebender Elternteil, Anspruchsberechtigung	
EuGH	14.06.16	EU-Bürger, Vereinigtes Königreich, Recht auf Aufenthalt	
BFH	04.02.16	Studium nach Berufstätigkeit	
5. Sonstiges:			
Doktorandenverhältnis:			
VG Trier	25.04.16	Auflösung bei zerstörter Vertrauensbasis	
Urheberrecht:			
OLG Hamm	11.02.16	Zeitungsfotograf	301
Kurzmitteilungen			
EGMR	02.06.16	Keine Verletzung der EMRK durch Beitragspflicht zur SOKA BAU	
EuGH, GA	31.05.16	Kopftuchverbot in Unternehmen	302
BAG	25.05.16	Erfüllung des gesetzlichen Mindestlohns	
BAG	25.05.16	Entgeltfortzahlung während ambulanter Kur	303
BAG	08.06.16	Zum institutionellen Rechtsmissbrauch von Befristungsketten im Hochschulbereich	
BAG	09.06.16	Fehlerhafte Unterrichtung des BR bei Massenentlassung – Heilung	304
BAG	14.06.16	Reinigungskosten von Hygienekleidung in Schlachthöfen sind vom AG zu tragen	
LAG Hamm	02.06.16	Opel Bochum muss höhere Abfindungen an schwerbehinderte AN zahlen	
BVerwG	19.05.16	Klage einer Beamtin gegen dauerhafte Zuweisung einer höherwertigen Tätigkeit bei Vivento erfolgreich	305
BayVGH	18.05.16	Kein verkaufsoffener Sonntag am Münchener Stadtgründungsfest	
FG Stuttgart	10.02.16	Entschädigungen für ehrenamtliche Richtertätigkeit steuerpflichtig	
OLG Frankfurt/M.	09.06.16	Verbot der Vermittlung von Fahrten durch »ÜberPOP«	306
Zusammenfassungen/Abstracts			306



WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS
D3-Z238/
Ber.

Soziales Recht

Wissenschaftliche Zeitschrift
für Arbeits- und Sozialrecht

Herausgegeben von
Prof. Dr. Olaf Deinert und
Prof. Dr. Rüdiger Krause,
Institut für Arbeitsrecht
der Georg-August-Universität
Göttingen



in Zusammenarbeit mit



in Zusammenarbeit mit



Abhandlung

Digitalisierung und Arbeitsrecht

Prof. Dr. Wolfgang Däubler

Inhalt

EDITORIAL	Prof. Dr. Axel Kokemoor	
AUFSÄTZE	<i>Dr. Jens Kaltenstein</i> Kernfragen des „additiven“ Grundrechtseingriffs unter besonderer Berücksichtigung des Sozialrechts _____	365
	<i>Prof. Dr. Rainer Kessler</i> Anmerkungen zur Reform des sozialrechtlichen Behinderungsbegriffs _____	373
	<i>Dr. Dirk Bieresborn</i> Berufskrankheiten: Kausalität, Dosismodelle und Konsensempfehlungen (Teil II) _____	379
	<i>Udo Geiger</i> Ende der erwerbsbiographischen Lebensphase mit 63? _____	386
AKTUELLE ENTSCHEIDUNGEN	Übersicht über die jüngste Rechtsprechung <i>Bundessozialgericht</i> _____	393
RECHTSPRECHUNG MIT ANMERKUNGEN		
GERICHTSVERFAHREN	<i>Einstweiliger Rechtsschutz/Unionsbürger</i> Art. 19 Abs. 4 GG; § 7 SGB II; §§ 21, 23 SGB XII; § 86b SGG Beschluss des 6. Senats des LSG Nordrhein-Westfalen vom 18. 4. 2016 – L 6 AS 2249/15 B ER – <i>Anmerkung von Prof. Dr. Claudia Bittner, LL.M. (Harvard), Freiburg</i> _____	397
ARBEITSLÖSENVERSICHERUNG	<i>Bemessung Alg/Auslandsbeschäftigung</i> §§ 118 f., 124 SGB II a.F. (= §§ 137 f., 142 SGB III n.F.); Art. 61f. VO (EG) 883/2004 Urteil des 11. Senats des BSG vom 17. 3. 2015 – B 11 AL 12/14 R – <i>Anmerkung von Prof. Dr. Maximilian Fuchs, Regensburg</i> _____	403
VERWALTUNGSVERFAHREN	<i>Verwaltungsakt/Dauerwirkung/Entscheidung über Versicherungsfreiheit</i> § 39 Abs. 2 SGB X; § 77 SGG; § 2 SGB VI Urteil des 5. Senats des BSG vom 23. 4. 2015 – B 5 RE 19/14 R – <i>Anmerkung von Prof. Dr. Klaus Schneider-Danwitz, Regensburg</i> _____	407
GRUNDSICHERUNG ARBEITSUCHENDE	„Zwangsrente“ §§ 12a, 5 SGB II Urteil des 14. Senats des BSG vom 19. 8. 2015 – B 14 AS 1/15 R – <i>Anmerkung von Udo Geiger, Berlin</i> _____	413
KURZ NOTIERT	Flächendeckende Apotheken-Versorgung _____	419
GESAMTSCHAU	_____	V

Inhalt



EDITORIAL	Prof. Dr. Dr. h. c. Eberhard Eichenhofer	
EU-AGENDA		
Parlament	Neue EU-Datenschutz-Grundverordnung beschlossen	249
Rat	Trilog-Verhandlungen zur Medizinprodukte-Verordnung dauern an	249
Kommission	Konsultation zur „Europäischen Säule sozialer Rechte“	249
	Normung von Gesundheitsdienstleistungen	249
	EU-Studie zur Arzneimittelpreisbildung	250
	Vorschlag für eine Reform der EU-Entsenderichtlinie	250
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	EWSA fordert neue Sozialpolitik für neue Beschäftigungsformen	251
Gemeinschafts- agenturen	Weiteres Konzept für beschleunigte Arzneimittelzulassung vorgestellt	251
	Neue EU-Kampagne: Förderung des gesunden Arbeitens und Alterns	252
Aus den EU-Mitgliedstaaten	Europa in der Schuldenunion	252
AUFSÄTZE	<i>Prof. Dr. Dr. h. c. Eberhard Eichenhofer</i>	
	Europäische oder mitgliedstaatliche Koordination sozialer Sicherheit?	253
	<i>Dr. Nadja Kaeding</i>	
	Europäisches Wettbewerbsrecht und gemeinsame europäische Werte in der Gesundheitsversorgung	259
	<i>Annemarie Aumann/Melanie Hack</i>	
	Wahlarbeitszeit und Arbeitszeitflexibilisierung	266
VORLAGEN AN DEN EUGH Arbeitsrecht	Juzgado Contencioso-Administrativo de Oviedo (Spanien) Leistungszulagen Cour du travail de Bruxelles (Belgien) Arbeitszeitgestaltung – Anmerkung von Tom Stiebert, Bonn	276
RECHTSPRECHUNG MIT ANMERKUNGEN		
Sozialpolitik	<i>Niederlassungsfreiheit/Diskriminierungsverbot</i> Art. 49, 102, 106 AEUV EuGH, Urt. v. 2. 7. 2015, Rs. C-497/12 (Davide Gullotta, Farmacia di Gullotta Davide & C. Sas ./. Ministero della Salute, Azienda Sanitaria Provinciale di Catania) – Anmerkung von Dr. Andreas Penner, Bochum	281
Sozialpolitik	<i>Altersdiskriminierung/Vertrauensschutz</i> RL 2000/78/EG EuGH, Urt. v. 19. 4. 2016, Rs. C-441/14 (Dansk Industri (DI), handelnd für die Ajos A/S ./. Nachlass des Karsten Eigil Rasmussen) – Anmerkung von Prof. Franz Josef Düwell, Konstanz	285
KURZ NOTIERT	Hamburger Rechtsgespräche – „Atypical employment in an international perspective“	292
VERHANDLUNGEN VOR DEM EUGH		V
GESAMTSCHAU		VII



CONTENTS

SPECIAL ISSUE A BALANCED DATA PROTECTION IN THE EU – CONFLICTS AND POSSIBLE SOLUTIONS

GUEST EDITORS' INTRODUCTION

- A Balanced Data Protection in the EU: Conflicts and Possible Solutions**
MARIOLINA ELIANTONIO, FRANCESCA GALLI and MARCEL SCHAPER 391

ARTICLES

- Balancing the Rights to Data Protection and Freedom of Expression and Information by the Court of Justice of the European Union: The Vulnerability of Rights in an Online Context**
MAGDALENA JOZWIAK 404
- Towards an Internal Hierarchy of Values in the EU Legal Order: Balancing the Freedom of Speech and Data Privacy**
BILYANA PETKOVA 421
- The Practical and Theoretical Problems with 'Balancing': *Delfi*, *Coty* and the Redundancy of the Human Rights Framework**
BART VAN DER SLOOT 439
- Digital Rights Ireland* as an Opportunity to Foster a Desirable Approximation of Data Retention Provisions**
FRANCESCA GALLI 460
- Private Companies and the Transfer of Data to Law Enforcement Authorities: Challenges for Data Protection**
ELS DE BUSSE 478

The Preliminary Opinion of the European Data Protection Supervisor and the Discretion of the European Commission in Enforcing Competition Law FRANCISCO COSTA-CABRAL	495
Data Protection Rights and Tax Information Exchange in the European Union: An Uneasy Combination MARCEL SCHAPER	514
Information Exchange in European Administrative Law: A Threat to Effective Judicial Protection? MARIOLINA ELIANTONIO	531
Effective Redress of Grievance in Data Protection: An Illusion? MIKE VARNEY	550

INHALT 14 · 2016

DVBI aktuell
Vorschau/Impressum

III
VII

Petersen: Verhältnismäßigkeit als Rationalitätskontrolle: Eine rechtsempirische Studie verfassungsgerichtlicher Rechtsprechung zu den Freiheitsgrundrechten
Prof. Dr. Ekkehard Hofmann, Trier **902**

Aufsätze

Polen als erster Anwendungsfall des neuen »EU Rahmens zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips«
Assistenz-Prof. Hannes Hofmeister, MSt (University of Cambridge), Bozen **869**

Bull: Sinn und Unsinn des Datenschutzes, Persönlichkeitsrecht und Kommunikationsfreiheit in der digitalen Gesellschaft
Anke Dieckhoff, Frankfurt am Main **904**

Einzelfallbezogener Grundrechtsschutz gegen EU-Akte – Abkehr von der Solange-Rechtsprechung?
Akad. Mitarbeiter Cem Karaosmanoğlu und Akad. Mitarbeiter Björn P. Ebert, Tübingen **875**

Kipker: Informationelle Freiheit und staatliche Sicherheit. Rechtliche Herausforderungen moderner Überwachungstechnologien
Prof. Dr. Helmut Goerlich, Leipzig **905**

Der bewaffnete Einsatz der Bundeswehr gegen die Terrororganisation »Islamischer Staat« im Lichte des Staats-, Europa- und Völkerrechts
Dr. Holger Kremser, Göttingen **881**

Drackert: Die Risiken der Verarbeitung personenbezogener Daten: Eine Untersuchung zu den Grundlagen des Datenschutzes
Sebastian Bretthauer, Ass. iur., Frankfurt am Main/Karlsruhe **906**

Die kommunalen Befassungskompetenzen bei europa- und völkerrechtlichen Fragestellungen – Eine Untersuchung insbesondere vor dem Hintergrund von TTIP und Co.
Dr. Markus Faber, Düsseldorf **885**

Peters/Janz (Hrsg.): Handbuch Versammlungsrecht
Prof. Dr. Norbert Ullrich, Hildesheim/Göttingen **907**

Tanneberger: Die Sicherheitsverfassung – Eine systematische Darstellung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – Zugleich ein Beitrag einer induktiven Methodenlehre
Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff, Bayreuth **908**

Berichte

Europaweite Neuregelung des Datenschutzrechts – quo vadis Datenschutz?
Eike Richter, Hamburg **894**

Rechtsprechung

Das Wasserrecht im Informationszeitalter – Neue Rechtsfragen des modernen Informations- und Entscheidungsmanagements für wasserwirtschaftliche Daseinsvorsorge und ökologischen Gewässerschutz
Wiss. Mit. Ref. iur. Christian Saßl, Trier **896**

Europäischer Gerichtshof
EuGH, Urt. v. 04.05.2016 – C-346/14 –
Energiewende kann Verschlechterungsverbot der WRRL durchbrechen – mit Anmerkung Stüer/Stüer **909**

**Oberverwaltungsgerichte/
Verwaltungsgerichtshöfe**
Hess VGH, Urt. v. 25.02.2016 – 9 A 245/14 –
Fehlerfreie UVP-Vorprüfung in Bezug auf die Genehmigung von Kohlekraftwerken **915**

OVG NRW, Urt. v. 02.02.2016 – 20 A 1878/14 –
Kabelleitungen der Telekommunikation dürfen Gemeindestraßen oberirdisch queren **920**

OVG NRW, Urt. v. 10.12.2015 – 19 A 254/13 –
Entziehung eines Doktorgrades wegen Verstoßes gegen die wissenschaftliche Redlichkeit **926**

Buchbesprechungen

Petzhold: Die »Auffassungen« des UN-Menschenrechtsausschusses zum Schutze der Religionsfreiheit
Dr. Michael Wiener, LL.M., Genf **899**

Buchholtz: Streiken im europäischen Grundrechtsgefüge
Prof. Dr. Gregor Thüsing, Bonn **900**

Ickenroth: Das deutsche Beamtenstreikverbot im Lichte der Europäischen Menschenrechtskonvention
Ref. iur. Fabian Bünnemann, LL.M., Essen **900**

Maunz/Dürig: Grundgesetz Kommentar
Rechtsanwalt Dr. Matthias Wiemers, Berlin **901**

Verwaltungsgericht

VG Köln, Urt. v. 25.02.2016 – 13 K 5017/13 – n.r.
Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen eines öffentlichen Versorgungsunternehmens mit Anmerkung Benecke **930**



Schriftleiter Dr. Herbert von Golitschek, Präsident a. D. des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg, Am Sonnenhang 1, 97204 Höchberg, Tel. (09 31) 4 52 06 49, Fax (09 31) 4 52 09 21; E-Mail: bayvbl@boorberg.de

Inhalt

Abhandlungen

von *Lewinski/de Barros Fritz*, Verwaltung in der (Flüchtlings-) Krise – Zuständigkeitsveränderung als Instrument und Element — 469

Ausbildung und Prüfung

Lösungsskizze zur Aufgabe 6 der Ersten Juristischen Staatsprüfung 2013/2 (Text s. BayVBl. 2016, 467) — 495

Literatur

Badura, Staatsrecht. Systematische Erläuterung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (Rixen) — 501
Koslowski (Hrsg.), Lorenz von Stein und der Sozialstaat (Schulz) — 502

Petersen, Verhältnismäßigkeit als Rationalitätskontrolle (Lindner) — 503

Stüer, Handbuch des Bau- und Fachplanungsrechts (Planung – Genehmigung – Rechtsschutz) (Herber) — 504

Notizen

U. a. Nachrichten, Neues aus der Rechtsprechung, Veranstaltungen, Vorschau, Impressum — II, III, IV

Rechtsprechung

EuGH	U.v. 01.03.2016	Rs. C-443/14 und C-444/14	Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz; einheitlicher Status für Flüchtlinge; Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz; Freizügigkeit; Wohnsitzauflage; Sozialhilfeleistung; gleichmäßige Verteilung der Haushaltslasten auf die Verwaltungskörperschaften; migrations- und integrationspolitische Gründe — 477
BayVerfGH	E.v. 01.02.2016	Vf. 75-VI-14	Kirchlicher Kindergarten; Defizitübernahme durch die Kommune; Betriebskostenförderung; Gleichheitssatz — 481
BayVGH	U.v. 10.12.2015	4 B 15.1831	Rückforderung staatlicher Zuwendungen; Rechtswidrigkeit einer Doppelförderung; Maßgeblichkeit der landesweiten Vollzugspraxis; Verstoß gegen das „interkommunale Gleichbehandlungsgebot“; Vertrauensschutz öffentlich-rechtlicher Körperschaften; Berechnung der Rücknahmefrist; Verwirkung der Rücknahmebefugnis; Anforderungen an das Rücknahmeermessen; Erlöschen öffentlich-rechtlicher Geldforderungen — 484
	U.v. 13.07.2015	7 BV 14.1507	Zugang zu konsekutivem Masterstudiengang; außerhalb des Hochschulbereichs erworbene Qualifikationen; Gleichwertigkeit; Hochschulabschluss; Meisterprüfung; Deutscher Qualifikationsrahmen — 487
	B.v. 24.07.2015	8 ZB 14.1403	Wasserrechtliche Planfeststellung; Hochwasserschutz; enteignungsrechtliche Vorwirkung; Fehlen des Ausspruchs über die enteignungsrechtliche Vorwirkung und seine Wirkungen — 490
BVerwG	U.v. 17.12.2015	1 C 31.14	Abschiebungsschutz nach nationalem Recht; bestandskräftiger Abschluss des Asylverfahrens; Anspruch auf Aufenthaltstitel; Flüchtlingsschutz; internationaler Schutz; strikter Rechtsanspruch; effektiver Rechtsschutz; „Soll“-Regelung; subsidiärer Schutz; Titelerteilungssperre — 491

Wissenswertes für den Rechtsanwalt

BayVGH B.v. 15.03.2016 **9 C 15.2497** Vollstreckung eines schriftlichen gerichtlichen Vergleichs; Androhung von Ordnungsgeld; allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen; Zustellung des Titels an den Vollstreckungsschuldner — 493

→ Editorial	281
<i>Von Johannes Schramm und Josef Aicher</i>	

Vergaberecht

ZVB-Aktuell	284
-----------------------	-----

ZVB-Leitsatzkartei

→ ZVB-LSK 2016/39–42	285
--------------------------------	-----

Rechtsprechung

→ Ausschreibungsbedeutung und Sachverständigenerfordernis	286
BVwG 12. 5. 2016, W139 2118941-1	
<i>Mit Anmerkung von Reinhard Grasböck</i>	

→ Ist der ORF öffentlicher Auftraggeber?	293
BVwG 18. 4. 2016, W131 2124258-2	
<i>Mit Anmerkung und Praxistipp von Georg Gruber/Thomas Gruber</i>	

→ Die isolierte Interpretation einzelner Begriffe der Ausschreibungsunterlage ist unzulässig	297
BVwG 4. 2. 2016, W138 2118883-2	
<i>Mit Anmerkung von Stefan Reisinger/Stefan Mathias Ullreich</i>	

→ Wesentliche Vertragsänderung durch Fahrplananpassungen?	301
LVwG Wien 24. 11. 2015, VGW-123/061/11058/2015-66, VGW-123/061/11065/2015, VGW-123/061/11331/2015	
<i>Mit Anmerkung und Praxistipp von Georg Zellhofer/Johannes Schramm</i>	

→ Klarstellungen zur Antragslegitimation und <i>Fastweb</i>	304
EuGH 5. 4. 2016, C-689/13, PFE	
<i>Mit Anmerkung und Praxistipp von Hannes Pesendorfer/Johannes Schramm</i>	

→ Beschränkung der Subvergabe mittels Prozentsatz des Auftragswerts	310
Schlussanträge GA Sharpston 17. 11. 2015, C-406/14, Wrocław	
<i>Mit Anmerkung und Praxistipp von Michaela Salamun</i>	

Serviceteil

→ Befugnisse aus anderen EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz	318
<i>Von Albert Oppel</i>	

Bauvertragsrecht

Beitrag

→ Prüf- und Warnpflicht 323

Ausgewählte Themen zur ÖNORM B 2110

Die ÖNORM B 2110 (im Folgenden: ÖNORM) widmet ihren Pkt 6.2.4 der Prüf- und Warnpflicht des Auftragnehmers. Im allgemeinen Zivilrecht ist die Prüf- und Warnpflicht sowohl im Allgemeinen als auch im Speziellen bei Werkverträgen ein Thema. Die B 2110 geht bei der Prüf- und Warnpflicht im Vergleich zum Gesetzestext des ABGB ins Detail. Dabei stellt sich – wie an verschiedenen Stellen der B 2110 – auch bei der Prüf- und Warnpflicht immer wieder die Frage, ob die B 2110 das allgemeine Zivilrecht bloß wiedergibt oder aber Klarstellungen vornimmt bzw Abweichungen vorsieht. Der Beitrag gibt einen Überblick.

Von *Albert Oppel*

Rechtsprechung

→ Zur Auslegung einer Garantieerklärung 330

OGH 18. 3. 2016, 9 Ob 9/16p

Mit Anmerkung und Praxistipp von *Lisa-Marie Wagner*

Musterserie

→ Begleitschreiben des AG zur Schlusszahlung 332

Von *Johannes Bousek*

Standards

→ Impressum 281

[MitarbeiterInnen dieses Hefts]

Mag. *Guđrun Boll*, ASFINAG, Abteilung Recht und Einkauf
 Mag. *Johannes Bousek*, Rechtsanwalt bei Lattenmayer, Luks, Enzinger Rechtsanwälte
Christian Graf, LL.M. (WU), Rechtsanwaltsanwärter bei Schramm Öhler Rechtsanwälte
 Mag. *Reinhard Grasböck*, Richter des Bundesverwaltungsgerichts
 Mag. *Georg Gruber*, Rechtspraktikant
 Mag. *Thomas Gruber*, Richter des Bundesverwaltungsgerichts
 Dr. *Karlheinz Moick*, Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft
 Dr. *Albert Oppel*, Richter des Verwaltungsgerichts Wien
 Mag. *Hannes Pesendorfer*, Rechtsanwalt bei Schramm Öhler Rechtsanwälte
 Mag. *Stefan Reisinger*, Prokuraturanwaltsanwärter, Finanzprokuratur
 MMag. Dr. *Michaela Salamun*, Wiener KAV
 Dr. *Stefan Mathias Ullreich*, Prokuraturanwalt, Finanzprokuratur
 Dr. *Lisa-Marie Wagner*, Rechtsanwaltsanwärterin bei LESSIAK & PARTNER RECHTSANWÄLTE
 Dr. *Georg Zellhofer*, Rechtsanwalt bei Schramm Öhler Rechtsanwälte

[Der Redaktionsbeirat]

Dr. *Stephan Denk*, Rechtsanwalt bei Freshfields Bruckhaus Deringer
 Dr. *Heimo Ellmer*, Leiter der Abteilung Baunormung, Referent für Vergabewesen im österreichischen Normungsinstitut, Lektor an der FH Technikum Kärnten, Sachverständiger
 Dr. *Hans Gölls*, Sachverständiger für Vergabe- und Verdingungswesen, Autor zahlreicher Publikationen in den Bereichen Bauvertrag und Vergabe
 Mag. *Reinhard Grasböck*, Richter des Bundesverwaltungsgerichts

Doz. Dr. *Brigitte Gutknecht*, Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien
 Univ.-Prof. DI Dr. *Andreas Kropik*, Professor für Bauwirtschaft und Baumanagement an der TU Wien, geschäftsführender Gesellschafter der Bauwirtschaftlichen Beratung GmbH mit Sitz in Perchtoldsdorf bei Wien, Sachverständiger
 Dr. *Rudolf Lessiak*, Rechtsanwalt und Seniorpartner einer Kanzlei mit Schwerpunkt im Vergaberecht
 Dr. *Matthias Öhler*, Rechtsanwalt und Partner bei Schramm Öhler Rechtsanwälte
 Mag. *Franz Pachner*, fachkundiger Laienrichter beim BVwG, BMFW IR

[BundesländerkorrespondentInnen]

Mag. *Otto-Imre Pathy*, Landesverwaltungsgericht Vorarlberg
 Dr. *Robert Berger*, Amt der Salzburger Landesregierung
 Dr. *Doris Hattenberger*, Universität Klagenfurt
 Mag. *Beatrix Lehner*, Richterin des Bundesverwaltungsgerichts (Außenstelle Graz)
 Dr. *Albert Oppel*, Richter des Verwaltungsgerichts Wien
 Mag. *Christian Ruzicka*, Stadt Wien, MA 63
 Dr. *Sigmund Rosenkranz*, Senatsvorsitzender des Landesverwaltungsgerichts Tirol
 Mag. *Manja Schlossar-Schiretz*, Landesverwaltungsgericht Steiermark
 Mag. *Karin Schnabl*, Landesverwaltungsgericht Steiermark
 Dr. *Volker Würdinger*, Landesverwaltungsgericht Tirol

Die veröffentlichten Beiträge geben die persönliche Meinung der/des jeweiligen Autorin/Autors wieder, welche sich nicht unbedingt mit der Meinung der Behörde, der die/der jeweilige Autorin/Autor angehört, decken muss.

- Editorial 285
Von Karl-Heinz Danzl

Beiträge

- Wiener Liste – Update 2016 288
Von Eike Lindinger

- Ihre Rechte als Vielflieger? 294
 Viele sammeln sie – bewusst oder unbewusst, ehrgeizig oder nur bei Gelegenheit. Die Rede ist von Flugmeilen. Spätestens seit dem Hollywood-Film „Up in the Air“, in dem *George Clooney* einen charismatischen Meilenmillionär darstellt, kennt wohl jeder regelmäßige Flugpassagier diese Art von Kundenbindungsprogrammen. Dieser Artikel gibt dem interessierten Leser einen länderübergreifenden Überblick über die rechtlichen Schauplätze in Verbindung mit Flugmeilen und die bisher ergangene Judikatur.
Von Daniel Piotr Kocab

- „Andere Länder, andere Sitten“ – destinationsbedingte Eigenarten: ein Reisemangel? 300
 Urlaubsreisen führen einen aus der eigenen Lebensumwelt heraus. Ob und inwiefern die „exotische“ Destination mit ihrem anderen, ungewohnten Umfeld auf die Beurteilung einer reiserechtlichen Leistung als reiserechtlicher Mangel oder bloße Unannehmlichkeit einwirkt, ist Thema gegenständlicher Ausführungen.
Von Eike Lindinger

- 32. KFG-Novelle 306
 Schwerpunkt der 32. KFG-Nov, BGBl I 2016/40 waren die Schaffung einer Deckungsevidenz als Clearingstellen hins der Versicherungsbestätigungen und Nichthaftungsanzeigen, die Ausweitung des Handyverbots auf SMS und Internetsurfen sowie das ausdrückliche Verbot der Veränderung des Kilometerstands mit Schaffung einer verwaltungsstrafrechtlichen Sanktion.
Von Gerhard Pürstl

Berichte

- Entwicklungen im europäischen Schadenersatzrecht 2015 308
Bericht über die 15th Annual Conference on European Tort Law
Von Julian Pehm

- Sportrechtstagung 312
„Aktuelle Rechtsfragen im Radsport“
Von Andrea Schwaighofer

- KfV-Fachtagung „Sicheres Biken“ 314
Neue Ideen für mehr Verkehrssicherheit bei Motorrad- und Mopedfahrern
Von Ingrid Rozhon

Rechtsprechung

- Ermöglichung einer Barablösung von Gutscheinen 314
 113: OGH 22. 12. 2015, 1 Ob 222/15 a

- Keine Haftung der Bahn bei Deponierung der Reisetasche in offenem Kofferregal 317
 114: OGH 22. 12. 2015, 1 Ob 231/15 z
Mit Anmerkung von Christian Huber

- Reiserücktritt wegen ungültiger Flugtickets 319
 115: OGH 26. 11. 2015, 9 Ob 50/15 s
Mit Anmerkung von Andreas Riedler

- Kriterien für Wiederholungsgefahr bei Besitzstörung auf innerstädtischer Park & Ride-Parkfläche 322
 116: LGZ Wien 16. 12. 2015, 63 R 128/15 m
Mit Anmerkung von Nikolaus Authried



Judikaturübersicht Verwaltung

- StVO 325
117: VwGH 28. 1. 2016, Ra 2015/11/0087
 Verweigerung der Atemluftuntersuchung, im Nachhinein festgestellte Verletzungen sind für Beurteilung relevant
- 118: VwGH 5. 2. 2016, Ra 2016/02/0005** 327
 Verkehrszeichen, nur grobe Abweichungen von den Anbringenvorschriften führen zur Ungültigkeit
- 119: VwGH 10. 11. 2015, Ra 2015/11/0092** 327
 Probefahrtenentzug ist Ermessensentscheidung
- FSG 328
120: VwGH 14. 12. 2015, Ra 2015/11/0090
 „Schnellfahrentzug“, Absehen erst nach Verstreichen eines Jahres möglich

Ausländische Rechtsprechung

- Entscheidungen zum schweizerischen Schadenersatzrecht 2016 329
 Verkehrssicherungspflicht des Betreibers eines Schlittenwegs; psychische Fehlverarbeitung einer zu Unrecht erfolgten strafgerichtlichen Verurteilung nach einem Kfz-Unfall; Erwerbsschaden eines Kindes; Erwerbsschaden und Schmerzensgeld einer Asylwerberin und deren Kind; Regress bei vom SVTr getragenen Umschulungskosten
Von Christian Huber

Kuratorium für Verkehrssicherheit

- Wirksamkeit von Section Control 333
 2012 wurde in Österreich erstmals eine Section-Control-Anlage auf einer Landesstraße errichtet. Dies wurde zum Anlass genommen, alle Section-Control-Anlagen in Österreich auf ihre Wirksamkeit zu untersuchen. Auf Basis der Ergebnisse dieser Untersuchung wurden Empfehlungen erarbeitet, unter welchen Umständen Section Control effektiv und effizient eingesetzt werden kann.
Von Martin Winkelbauer und Aggelos Soteropoulos

Standards

- Impressum 285
- Buchbesprechung 340



Kluge Entscheidung – kluger Kopf

Jetzt bestellen!

MANZ

manz.at/angebote

AKTUELL

6 Neue, inhaltlich gefestigte Gemeinsamkeit als Lösungsweg!

Ein Kommentar von Michael Pisecky.

8 Immo-App des Monats

Die BIM App von ATP veranschaulicht die integrale Planung eines Objekts.

9 Kurzzeitwohnen boomt

Der Hintergrund sind immer häufiger erforderliche berufliche Ortswechsel.

10 6B47 investiert in Gründerzeithaus

Das Objekt in der Kolingasse 19 wird neu gestaltet.

11 Deal in Deutschland

Die S Immo verkauft Teile ihres Wohnportfolios in Berlin und Hamburg.

THEMA

12 Heimische Immobilienpreise entwickeln sich moderat

Ende Juni präsentierte der Fachverband der Immobilien- und Vermögenstreuhänder den Immobilienpreisspiegel 2016. Die Zeit der großen Preissprünge scheint vorbei zu sein.

14 Start im Oktober 2016

Die Universität Wien bietet ein neues Masterstudium für Wohn- und Immobilienrecht. Zielgruppe sind Absolventen der Rechtswissenschaften (LL.M) sowie jene wirtschaftlicher oder technischer Studienrichtungen (MLS).

15 Befristungen im sozialen Wohnbau

Günstige Sozialwohnungen werden noch immer auf Lebzeiten bzw. Generationen vergeben.

18 Sommerlaune

Ein Kommentar von Hans Jörg Ulreich.

40 Handelsimmobilien – ein Markt im Wandel

Zahlreiche Transaktionen, das Aus für neue Einkaufszentren auf der grünen Wiese, der Trend zu Stadtlagen sowie zu Refurbishments. Auf dem österreichischen Handelsimmobilienmarkt herrscht Bewegung.

44 Immobiliensuche: Preis, Lage und Verkehrsanbindung tonangebend

Knapp die Hälfte der Interessenten nutzt Suchagenten beziehungsweise Push-Dienste.

45 Studie: Mieten oft empfehlenswerter als Kaufen

In St. Pölten und Eisenstadt lohnt sich der Immobilienkauf, in Salzburg und Wien ist Mieten vorteilhafter.

47 Grundanteilverordnung 2016: Neues bei der AfA-Bemessung

Ein Steuertipp von TPA Horwath.

COVERSTORY

36 Instand gesetzt

Worauf bei der Sanierung von Dach und Gebäudehülle im Altbau besonders zu achten ist.

ÖBERÖSTERREICH SPECIAL

16 Stadtentwicklung auf Linzerisch

Die Nachfrage nach leistbarem Wohnraum in der oberösterreichischen Landeshauptstadt ist groß. Vor diesem Hintergrund wird Bauland mobilisiert und nachverdichtet.

17 „Die Preise bewegen sich weiter leicht nach oben“

Der heurige Bundestag der Immobilein- und Vermögenstreuhänder geht in Linz über die Bühne. Fachgruppenobmann Mario Zoidl freut sich auf die Veranstaltung. Den Immobilienmarkt in seinem Bundesland sieht er auf einem hohen Niveau.

TIPPS & EVENTS

47 Stockholm – Fachstudienreise 2016

Die Fachgruppe Wien der Immobilien- und Vermögenstreuhänder lud zu einer Reise in die schwedische Hauptstadt.

50 Tagung

Am 28. September findet in Wien der österreichische FM-Day statt.

RECHT & SERVICE

21 Vorwort von Bundesobmann Mag. Georg Edlauer

22 Rechtsfragen aus der Praxis

Mag. Rudolf North, Geschäftsführer der Fachgruppe Wien, antwortet.

24 Die Zukunft des Immobilienmaklers

Der Immobilienjournalist Heimo Rollet schrieb das erste Buch zur grundlegenden Veränderung des Berufs Immobilienmakler.

25 43. Bundestag

Der Branchentreff der Immobilien- und Vermögenstreuhänder findet heuer von 28. bis 30. September in Linz statt.

30 Serviceindizes

34 Internationaler Standard gegen Bestechung

Der Anti-Bribery-Standard ist derzeit in weltweiter Abstimmungsphase. Eine Veröffentlichung wird Ende 2016 erwartet.

RdE – Recht der Energiewirtschaft

Heft 7/2016

A. Beiträge

<i>Mohr</i>	Energiewirtschaftliche Konzessionsverträge und Unionsrecht	269
<i>Huerkamp</i>	Sicherer Netzbetrieb und Terrorabwehr – Zur Pflicht der Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen zum Schutz ihrer Anlagen vor terroristischen Angriffen	280
<i>Voß/Hartmann</i>	Das Sondernetzentgelt nach § 19 Abs. 3 StromNEV: Eine Bestandsaufnahme	285

B. Rechtsprechung

<i>BGH</i>	Beschl. v. 12.04.2016 – EnVR 25/13 Zur Nichtigkeit des § 19 Abs. 2 Satz 6 und 7 und Satz 12 bis 15 StromNEV (Netzentgeltbefreiung II)	293
<i>BGH</i>	Urt. v. 06.04.2016 – VIII ZR 236/10 Zur gerichtlichen Kontrolle von Gaspreisänderungen	295
<i>BGH</i>	Urt. v. 06.04.2016 – VIII ZR 211/10 Zu Preiserhöhungen in der Grundversorgung mittels ergänzender Vertragsauslegung	301
<i>BGH</i>	Urt. v. 24.02.2016 – VIII ZR 216/12 Zum einseitigen Preisänderungsrecht gegenüber Nicht-Haushaltskunden	305
<i>OLG Düsseldorf</i>	Beschl. v. 17.02.2016 – VI-3 Kart 139/12 (V) Zur Bestimmung der individuellen Qualitätsvorgabe	315
<i>OLG Frankfurt</i>	Beschl. v. 15.12.2015 – 6 W 95/15 Zum Vorliegen eines Wettbewerbsverhältnisses zwischen einem Elektroinstallationsunternehmen und einem Stromnetzbetreiber	324

Beilagenhinweis:

Mit dieser Ausgabe verteilen wir eine Beilage der Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin. Wir bitten freundlich um Beachtung.



WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-2141

Infrastruktur

Energie · Verkehr · Abfall · Wasser

Geschäftsführender Herausgeber

Prof. Dr. Christian Theobald
BBH

Herausgeber

- RiBVerfG Prof. Dr. Gabriele Britz
Bundesverfassungsgericht
- Christian Held
BBH, Europäischer Verband der unabhängigen Strom- und Gasverteilerunternehmen (GEODE)
- Prof. Dr. Georg Hermes
Universität Frankfurt a.M.
- Folkert Kiepe
Beigeordneter a.D. Deutscher Städtetag
- Prof. Dr. Christian Koenig
Universität Bonn
- Holger Lösch
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
- Prof. Dr. Jürgen Kühling
Universität Regensburg
- Andrees Gentzsch
Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW)
- Reiner Metz †
Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV)
- Dr. Christiane Nill-Theobald
TheobaldConsulting
- Detlef Raphael
Deutscher Städtetag
- Prof. Dr. Jens-Peter Schneider
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- Adolf Topp
AGFW | Der Effizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e.V.

Inhaltsverzeichnis

Beiträge	
<hr/>	
<i>Ch. de Wyl/F. Wagner:</i> Aktuelle Entwicklungen der Strombilanzierung: Branchenlösung zu Bilanzkreisvertrag, Nulldurchgängen und der Marktrolle Aggregator	146
<i>A. Bartsch/I. Rieke:</i> Verjährung von Ausgleichsansprüchen nach § 9 III Grundbuchbereinigungsgesetz	150
<hr/>	
Energie	
<hr/>	
<i>Generalanwalt beim EuGH:</i> Beiträge zur Finanzierung allgemeiner Kosten des Stromsystems keine indirekten Steuern für besondere Zwecke	155
<i>EuG:</i> EEG als staatliche Beihilfe gem. Art. 107 I AEUV	155
<i>BGH:</i> Keine Stromabnahmepflicht nach EEG während erforderlicher Reparaturarbeiten am Netz	157
<i>OLG Düsseldorf:</i> Rücknahme der Pooling-Festlegung zum 1.1.2014 durch BNetzA rechtmäßig	158
<i>BVerwG:</i> Zertifizierung im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr nach § 41 I Nr. 4 EEG 2009	160
<i>VG Köln:</i> Kein Informationszugang bei vertraulichen und dem Berufsgeheimnis unterliegenden Informationen	162
<hr/>	
Wasser	
<hr/>	
<i>OLG Koblenz:</i> Kündigungsrecht des Versorgers bei überlanger Wasseranschlussleitung	164
<i>OVG Koblenz:</i> Überwiegen des öffentlichen Interesses an Errichtung und Betrieb einer Monoklärschlammverbrennungsanlage	165
<hr/>	
Spartenübergreifendes	
<hr/>	
<i>OLG Celle:</i> Aufhebung des Vergabeverfahrens wegen Überschreitung der von der Vergabestelle ermittelten Kosten	166

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen Wochenschrift

Nr. 7 · 11. Juli 2016 13. Jahrgang

Mit Internet-Volltext-Service www.IR.beck.de der besprochenen Entscheidungen

Verlag C.H.Beck München und Frankfurt a.M.



Editorial

- 429** PAUL VOIGT
Dauerbrenner IT-Sicherheit – Nun macht Brüssel Druck

Beiträge

- 431** THOMAS GÖGER
Bitcoins im Strafverfahren.
Virtuelle Währung und reale Strafverfolgung
- 435** ULRICH SCHULTE AM HÜLSE / MICHAEL KRAUS
Das Abgreifen von Zugangsdaten zum Online-Banking.
Ausgeklügelte technische Angriffsformen und zivilrechtliche
Haftungsfragen
- 440** SEBASTIAN SCHWIERING / BURAK ZUREL
Gaming & Recht – Zwei Bereiche wachsen zusammen!
Aktuelle Entwicklungen der Rechtslage und Diskussion
- 446** CARL-EUGEN EBERLE
Compliance in Medienunternehmen.
Vom Pressekodex zum Compliance-Management-System

Rechtsprechung

- eCommerce **450** LG Oldenburg: Beweislast bei Phishing-Attacke
Urteil vom 15.1.2016 – 8 O 1454/15
- Wettbewerbs- und Kennzeichenrecht **451** BGH: Irreführende Werbung im Internethandel –
Durchgestrichener Preis II
Urteil vom 5.11.2015 – I ZR 182/14
- 452** BGH: Irreführende Blickfangangaben – All Net Flat
Urteil vom 15.10.2015 – I ZR 260/14
- 454** OLG Frankfurt/M.: Streitwert bei Verfahren über unerwünschte
E-Mail-Zusendung
Beschluss vom 2.3.2016 – 6 W 9/16
- 455** OLG Nürnberg: Taxi-App – Unzulässige Behinderung des Wettbewerbs
Urteil vom 22.1.2016 – 1 U 907/14
- 457** OLG Stuttgart: Rabattaktion mit „Taxi-App“
Urteil vom 19.11.2015 – 2 U 88/15
- 459** OLG Hamburg: Nennung fremder Marken in Keyword Advertising
Beschluss vom 13.7.2015 – 3 W 52/15
- 460** OLG Dresden: Unzuständige Aufsichtsbehörde in der
Anbieterkennzeichnung
Beschluss vom 1.7.2015 – 14 W 531/15
- 460** LG Dortmund: Umgehung von Verbraucherschutzvorschriften im
elektronischen Geschäftsverkehr
Urteil vom 23.2.2016 – 25 O 139/15
- 462** LG Hamburg: Weiterempfehlungsfunktion von eBay
Urteil vom 8.12.2015 – 406 HKO 26/15
- Immaterialgüterrecht **463** BVerfG: Kein Eingriff in Urheber- und Leistungsschutzrechte durch
Verwendung verschiedener geringfügiger Tonsequenzen – Sampling
Urteil vom 31.5.2016 – 1 BvR 1585/13 m. Anm. HOEREN

- 471** BGH: Beteiligung von Verlagen an den Einnahmen der VG Wort – Verlegeranteil
Urteil vom 21.4.2016 – I ZR 198/13
- 475** LG München I: Kosten bei unberechtigter urheberrechtlicher Abmahnung
Urteil vom 27.7.2015 – 7 O 20941/14 (Ls.)
- 476** OLG Frankfurt/M.: Markenverletzung durch Suchfunktion einer Online-Plattform
Urteil vom 11.2.2016 – 6 U 16/15
- 477** OLG Düsseldorf: Produktfotos in Google Shopping
Urteil vom 15.12.2015 – I-20 U 3/15
- 479** LG Oldenburg: Haftung des Webdesigners als Gesamtschuldner für Urheberrechtsverletzungen
Urteil vom 13.1.2016 – 5 S 224/15 m. Anm. BÖSE
- 481** LG Heidelberg: Androhung des Einstellens privater Fotos ins Internet
Urteil vom 2.12.2015 – 1 O 54/15
- 482** LG Frankfurt/M.: Verbreitung eines Fotos in einer WhatsApp-Gruppe
Beschluss vom 28.5.2015 – 2-03 O 452/14
- 483** EuGH: Widerrufsrecht wegen Erhöhung von TK-Tarifen
Urteil vom 26.11.2015 – C-326/14 – Verein für Konsumenteninformation/ A1 Telekom Austria
- 485** BGH: Umlageordnung zur Finanzierung des elektronischen Rechtsverkehrs
Urteil vom 11.1.2016 – AnwZ (Brfg) 33/15
- 487** BGH: Fälschung von Zahlungskarten mit Garantiefunktion
Beschluss vom 12.11.2015 – 2 StR 197/15
- 488** OLG Karlsruhe: Pornografische Darbietung im Chatroom
Beschluss vom 29.3.2016 – 1 (3) Ss 163/15
- 489** OLG Frankfurt/M.: „Teilen“- und „Gefällt-mir“-Funktionen bei Facebook
Urteil vom 26.11.2015 – 16 U 64/15
- 490** OLG Hamm: Internetverbot als Bewährungsaufgabe
Beschluss vom 10.11.2015 – 1 Ws 507/15, 1 Ws 508/15
- 492** OLG Hamm: Einladung zur Mitgliederversammlung per E-Mail
Beschluss vom 24.9.2015 – 27 W 104/15
- 493** LG Potsdam: Irreführende Angabe über unbegrenztes mobiles Datenvolumen
Urteil vom 14.1.2016 – 2 O 148/14
- 495** LG Potsdam: Streitige Leistungen von Drittanbietern auf Mobilfunkrechnung
Urteil vom 26.11.2015 – 2 O 340/14
- 496** AG Münster: Schadenshöhe nach außerordentlicher Kündigung eines Mobilfunkvertrags
Urteil vom 30.10.2015 – 48 C 2904/15
- 497** LG Memmingen: Cyber-Mobbing unter Kindern auf Facebook
Urteil vom 3.2.2015 – 21 O 1761/13 (Ls.)
- 497** LAG Hessen: Darlegungslast bei behaupteter Manipulation am Facebook-Account eines Arbeitnehmers
Urteil vom 13.4.2015 – 7 Sa 1013/14
- 499** ArbG Mannheim: Kündigung wegen rassistischer Facebook-Äußerung
Urteil vom 19.2.2016 – 6 Ca 190/15
- 500** BGH: Persönlichkeitsrechtsverletzung bei Altmeldungen in Online-Archiven
Urteil vom 16.2.2016 – VI ZR 367/15 (Ls.)

III	Inhalt
V–XV	MMR-Fokus
XVI	Impressum

In diesem Heft

Schwerpunkt Steuerreform: Höherversicherung und Einschränkung des Sonderausgabenabzugs (<i>Knechtl</i>)	889
Steuertermine im August	897
Schwerpunkt Steuerreform: Erleichterungen bei der Registrierkassenpflicht (BMF-Information)	898
Zugehörigkeit eines Gebäudes zum Betriebsvermögen	899
Schwerpunkt Steuerreform: Ertragsteuerliche Behandlung der Grunderwerbsteuer bei Anteilsvereinigung (<i>Prodinger</i>)	900
Eingeschränkter Verlustausgleich bei betrieblichen Termingeschäften	907
Schwerpunkt Steuerreform: Zweifelsfragen zur Nutzfläche und Bruttogrundrissfläche (<i>Varro</i>)	908
Neues zur Aufteilung bei Pauschalpreisen (<i>Tratlehner</i>)	914
Sprache bei grenzüberschreitenden Rechnungen	920
Aktuelles auf einen Blick: Umsatzsteuer-Update Juli 2016 (<i>M. Mayr</i>)	921
Umsatzsteuerliche Behandlung von Investitionen und Tantiemen	926
Verwaltungsübertretungen als Finanzvergehen (<i>Fellner</i>)	927
Das Abschlussprüfungsrechts-Änderungsgesetz 2016 (<i>Kraßnig</i>)	931
Glossar (Betriebs-)Wirtschaft: Integrated Reporting (<i>Baumüller</i>)	941
Zustimmungsvorbehalt des Aufsichtsrats	943
Aus der jüngsten Rechtsprechung (aktuelle Steuerjudikatur)	944

- Wissenschaftspreis: Steuerpflicht
- USt: Domizilgesellschaft

- Vorsteuerabzug: Abfallverwertungsgesellschaft
- UmgrStG: Rückwirkungsfiktion

Impressum:
Siehe letzte Umschlagseite

Inhaltsverzeichnisdienst per E-Mail.

Anmeldung unter <http://www.lindeverlag.at/newsletter/anmeldung/neu/>

SWK

Redaktion: Prof. Gerhard Gaedke/Dr. Gerhard Kohler
Dr. Christa Lattner/Mag. Stefan Menhofer
Dr. Michael Tumpel

Tel. Redaktion: +43 1 24 630, **Fax:** DW 51

E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at

Tel. Verlag: +43 124 630 Serie, **Fax:** DW 23

Adresse: 1210 Wien, Scheydgasse 24



FACHZEITSCHRIFT FÜR
WIRTSCHAFTSRECHT
27. JG. Hef 07, Juli 2016

Zitiervorschlag:
ecolex 2016, Seite
ecolex 2016/Nummer

HERAUSGEBER:
Hon.-Prof. Dr. G. KUCSKO, RA
Univ.-Prof. Dr. W. MAZAL
Univ.-Prof. Dr. Dr.h.c. P. OBERHAMMER
Univ.-Prof. Dr. J. REICH-ROHRWIG, RA
Hon.-Prof. Dr. Ch. SCHMELZ, RA
Univ.-Prof. MMag. Dr. J. SCHUCH, StB
Mag. Philip VONDRAK, StB und RA
Univ.-Prof. Dr. G. WILHELM

BEIRAT:
Univ.-Prof. DDr. W. BARFUSS

Sen.-Präs. d. VwGH Dr. I. BUMBERGER
Univ.-Prof. Dr. B.-Ch. FUNK
Univ.-Prof. Dr. H. KREJCÍ
Dr. J. E. LANGER
Univ.-Prof. DDr. H. MAYER
Univ.-Prof. HR Dr. M. NEUMAYR
Univ.-Prof. Dr. G. H. ROTH
Univ.-Prof. Dr. W. SCHRÄMMEL
Univ.-Prof. Dr. V. TRSTENJAK
Univ.-Prof. Dr. R. WELSER
Min.-Rat Dr. W. WIESNER

SCHRIFTFÜHRUNG:
Univ.-Prof. Dr. G. WILHELM

STÄNDIGE MITARBEITER:
Univ.-Ass. Mag. A. BALTHASAR
Hon.-Prof. Dr. A. DUSCHANEK
Sen.-Präs. d. OLG Wien iR ad. Univ.-Prof.
Dr. G. ERTL
Mag. J. FISCHERLEHNER

MMag. Dr. K. H. HILBER, StB
Univ.-Ass. Mag. M. HOCHER
Univ.-Prof. Dr. M. HOLOUBEK
Dr. St. KÖCK, RA
Univ.-Prof. Dr. M. LANG
Mag. M. LAUDACHER
Dr. I. MOSER
Dr. E. PRIMOSCH
Dr. Th. RABL, RA
Mag. B. RENNER
Dr. R. SCHANDA, RA
Univ.-Prof. Dr. F. SCHRANK
Dr. Ch. SCHUMACHER, LL.M., RA
Univ.-Prof. Dr. H. SCHUMACHER, RA
Univ.-Doz. Dr. St. SCHWARZER
Dr. A. SPITZL
Dr. B. TONNINGER, RA
Dr. W. URBANTSCHITSCH
Dr. M. WINDISCH-GRAETZ
Dr. M. WOLLER, RA
Mag. Dr. H. WOLLMANN, LL.M., RA

VERGABERECHT NEU

Das BVergG 2006 im Schatten der neuen EU-Vergaberichtlinien Johannes Stalzer	552
Neuvergabe nach gesellschaftsrechtlichen Veränderungen Johannes Stalzer / Fabian Kacic	556

EDITORIAL

Nachtrag zur Grunderwerbsteuerschonung zum Altjahresabend 2015 Georg Wilhelm	549
Impressum	U3

ZIVIL- UND UNTERNEHMENSRECHT

Auskunftsanspruch bei Persönlichkeitsverletzung Andreas Gerhartl	560
Die (zukünftige) Zulässigkeit der Einbindung datenschutzrechtlicher Zustimmungen in AGB Axel Anderl / Nino Tlapak	563
„Trennungsthese“ und „gemäßigte Einheitstheorie“ Max Leitner	565
OGH 19. 1. 2015, 10 Ob 94/15 v	567
OGH 23. 2. 2016, 5 Ob 164/15 a	568
OGH 30. 3. 2016, 4 Ob 43/16 a	568
OGH 20. 4. 2016, 5 Ob 189/15 b	568
OGH 20. 1. 2016, 3 Ob 149/15 f	568
OGH 22. 9. 2015, 4 Ob 132/15 p	570
OGH 30. 3. 2016, 4 Ob 48/16 m	571
OGH 13. 4. 2016, 10 Ob 20/16 p	571
OLG Wien 13. 4. 2016, 14 R 173/15 m	572
OGH 21. 12. 2015, 9 Ob 89/14 z	572
OGH 15. 12. 2015, 4 Ob 112/15 x	574
OGH 16. 3. 2016, 3 Ob 16/16 y	576
OGH 30. 3. 2016, 6 Ob 41/16 x	576
OGH 2. 9. 2015, 7 Ob 119/15 y	576
OGH 2. 9. 2015, 7 Ob 120/15 w	577
OGH 19. 11. 2015, 7 Ob 137/15 w	578

- Ablehnung der pflegschaftsgerichtlichen Genehmigung der Klagsführung
- Grundstücksvertiefung: Passivlegitimation für nachbarrechtlichen Ausgleichsanspruch?
- Photovoltaikanlage blendet: Unzulässige Immission!
- Verzicht auf Mietzinsrückforderung?
- Ausgeschiedener Mitmieter hat Bereicherungsanspruch wegen des von ihm bezahlten Finanzierungsbeitrags (*Paul Nimmersfall/Melanie Wiedemann/Felix Zopf*)
- Erheblich nachteiliger Gebrauch im Outlet Center (*Birgit Kraml*)
- Operationsschere bricht während der Herzoperation
- 30-jährige Verjährungsfrist bei Ersatzansprüchen aus einer gerichtlich strafbaren Handlung
- Schiffsfondsbeteiligungen: Anlageberaterhaftung für „Ausschüttungsschwindel“
- Keine Haftung der Prospektkontrollorin (Primeo) aus culpa in contrahendo mangels fehlerhafter Werbeschriften (*Georg Wilhelm*)
- Prospekthaftung: Anknüpfung nach IPR
- Verbesserungsversuch als deklaratives Anerkenntnis
- Prokurist einer Ziviltechnikergesellschaft ohne Ziviltechnikerbefugnis?
- Kfz-Haftpflichtversicherung: Obliegenheit zur Vornahme eines Drogen-schnelltests (*Gunter Ertl*)
- Kaskoversicherung: Nachträgliche Aktivierung eines Ortungssystems als Rettungspflicht (*Gunter Ertl*)
- Versicherungsfall und Serienschadenklausel in der D&O-Versicherung

WIRTSCHAFTSSTRAFRECHT

Das Strafprozessrechtsänderungsgesetz 2016 – Was ist neu? Klara Kiehl	578
--	-----

DISPUTE RESOLUTION

Zur Abtretung von Ansprüchen der Insolvenzmasse nach § 275 UGB Paul Oberhammer	580
OLG Wien 28. 4. 2016, 1 R 30/16 p	584
OGH 19. 4. 2016, 18 ONc 3/15 h	584
OGH 27. 4. 2016, 8 ObA 32/16 p	586
OLG Graz 28. 4. 2016, 6 Ra 28/16 h	586

- Keine aktorische Kautio, wenn KJ juristische Person mit Sitz in HPÜ-Vertragsstaat
- Erfolgreiche Ablehnung eines Schiedsrichters wegen Befangenheit
- „Zwangsverpflichteter“ Zustellbevollmächtigter?
- Kostenersatzanspruch des Gläubigers bei fehlender Drittschuldnererklärung

OGH 27. 4. 2016, 3 Ob 74/16b	• Zum Inhalt eines Exekutionsantrags bei Unterlassungsexekution	587
OGH 27. 4. 2016, 3 Ob 46/16k	• Gläubiger muss Gründe für Nichtanwendung der Exekutionssperre bescheinigen	587
OGH 22. 2. 2016, 10 Ob 93/15 x	• Kongruenz iZm einem Kontokorrentvertrag	587
VfGH 25. 2. 2016, G 541/2015	• Ausschluss des Kündigungs- und Räumungsverfahrens von der Normenbeschwerde verfassungswidrig	588
EuGH 25. 5. 2016, C-559/14	• Kein Anerkennungsversagungsgrund, wenn Dritter seine Rechte vor dem Ursprungsgericht geltend machen kann	589

GESELLSCHAFTSRECHT

M & A: Variable Kaufpreisgestaltung und Feststellung durch Schiedsgutachter (II) Clemens Grossmayer / Eva-Maria Vögerl		590
OGH 11. 8. 2015, 4 Ob 71/15 t	• Kein Wettbewerbsverbot für ausgeschiedene Gesellschafter einer OG	594
OGH 14. 1. 2016, 6 Ob 214/15 m	• Zwangsstrafen gegen GmbH-Geschäftsführer bei Verstoß gegen § 283 UGB	595
OGH 25. 2. 2016, 2 Ob 27/16 h	• Zur Bemessung des Verdienstentgangs des geschäftsführenden Gesellschafters einer GmbH	596
OLG Wien 27. 11. 2015, 5 R 163/15 z	• Stimmrechtsausschluss bei Beschluss über die Entlassung eines Gesellschafters aus einem Geschäftsführer-Anstellungsverhältnis	597
OGH 26. 4. 2016, 6 Ob 79/16 k	• Kurze Verjährungsfrist bei Rückforderung von Mietzinsen	599

WETTBEWERBS- UND IMMATERIALGÜTERRECHT

One-Stop-Shop für Kronzeugen? Corinna Potocnik		599
OGH 23. 2. 2016, 4 Ob 142/15 h	• Zum Schutz von Schriftarten (<i>Michael Horak</i>)	603
OGH 30. 3. 2016, 4 Ob 36/16 x	• Zur Widerlegung der Vermutung der Urheberschaft (<i>Bernhard Tonninger</i>)	605
OGH 23. 2. 2016, 4 Ob 249/15 v	• Umgehung von Preroll-Werbung (<i>Adolf Zemann</i>)	605

ARBEITSRECHT

Wer zu spät klagt, den bestraft die Schutzlücke Michael Leitner / Markus Grundtner		607
Die Haftung der Pensionskasse bei systemwechselnden Übertragungen Elisabeth Petric		610
OGH 26. 2. 2016, 8 ObA 1/16 d	• Kündigungsschutz bei Elternteilzeit	614
OGH 18. 3. 2016, 9 ObA 20/16 f	• Vereinbarung von Elternteilzeit	615
OGH 29. 3. 2016, 8 ObA 44/15 a	• Reisezeiten nach dem KV für das Arbeitskräfteüberlassungsgewerbe	616
OGH 29. 3. 2016, 8 ObA 11/16 z	• Unwirksamer Verzicht vor Erhalt der Endabrechnung	617
OGH 26. 2. 2016, 8 ObA 5/16 t	• Richtige Besetzung von Kommissionen nach UG 2002	618

STEUERRECHT

☉ CHECKLISTE: Regierungsvorlage zum Verrechnungspreisdokumentationsgesetz Gabriele Holzinger / Martin Bonner		619
Vermögensopfertheorie und GrESt Philip Vondrak / Lilly Kunz		624
Änderung der Vorsteuer beim Nächtigungs-pauschale Klaus Hilber		627
VwGH 25. 11. 2015, 2015/13/0012	• Liebhaberei bei der Vermietung eines Ferienhauses oder: Die ertragsteuerliche Behandlung von Leerstandskosten der Vermietung eines Ferienhauses (<i>Raphael Holzinger/Max Sedlacek</i>)	627
BFG 5. 11. 2015, RV/7103171/2010	• Tätigkeit einer Mentaltrainerin als Liebhaberei? (<i>Andreas Langer/ Benedikt Hörtenhuber</i>)	629
BFG 7. 12. 2015, RV/7101973	• BFG: Ex-lege-Ausscheiden von Gruppenmitgliedern aus Staaten ohne Amtshilfe (<i>Viktoria Wöhner</i>)	632
BFG 24. 11. 2015, RV/7100491/2011	• Ansässigkeit einer Geschäftsführerin im DBA Russland (<i>Benedikt Hörtenhuber/ Andreas Langer</i>)	633

ÖFFENTLICHES WIRTSCHAFTSRECHT

Gesundheitsdaten in der Cloud! Peter Burgstaller		635
Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs Michael Kalteis / Melina Oswald / Laura Pavlidis / Erik Pinetz / Erich Schaffer / Thomas Ziniel		639

EUROPA

Neues aus Europa – Aktuelle Rechtsetzung und Entscheidungen der EU Ulrike Giera / Maximilian Hautzenberg / Markus-Florian Rummel		642
Transparenzgrundsatz im Glücksspielrecht Cornelia Lanser		644
Brexit: Britain breaks it? Thomas Jaeger		648
Rechtsprechungsübersicht Europäische Gerichte Agnes Balthasar-Wach		650



37. Jahrgang
Heft 27
8. Juli 2016

Herausgeber:

RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Holger Altmeppen
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Dr. h. c. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kössler
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhricht
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

BGH: Indizien für eine Zahlungseinstellung	A 51	Nr. 195
BGH zur Verlängerung des Vertrags mit Geschäftsführer einer Komplementär-GmbH	A 51	Nr. 196
BGH zur Tätigkeitsvergütung zwischen geschäftsführenden Gesellschaftern	A 51	Nr. 197
BGH zur Einlösung der Rabatt-Coupons von Mitbewerbern	A 51	Nr. 198
BGH zum Vorkaufsrecht	A 51	Nr. 199
BGH zur Werbung mit Kundenbewertungen im Internet	A 52	Nr. 200
BFH zur USt-Berichtigung bei vorläufiger Insolvenzverwaltung	A 52	Nr. 201
BAG: Mindestlohn für Bereitschaftszeiten	A 52	Nr. 202
EU: RL gegen Steuervermeidung durch Unternehmen	A 52	Nr. 203

Aufsätze

<i>Carsten Herresthal, Regensburg</i>	Die Kündigung von Bausparverträgen durch die Bausparkasse	1257
<i>Christian Kersting, Düsseldorf</i>	Organhaftung für Kartellbußgelder	1266

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

LG Frankfurt/M.	21. 6. 2016 – 2-12 O 114/15	EuGH-Vorlage zur Auslegung der Europäischen Bankensanierungsrichtlinie („HETA“)	1275
-----------------	-----------------------------	--	------

Internet

www.zip-online.de: Volltexte ab Heft 1/1980 mit komfortabler Suchfunktion und zitierfähigen Fundstellen – für ZIP-Abonnenten kostenfrei

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

BGH	31. 5. 2016 – XI ZR 370/15 +	Keine Kündigung des Anleihegläubigers trotz Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Schuldnerin bei Sanierungsmaßnahmen nach SchVG 1899	1279
BGH	3. 5. 2016 – II ZR 311/14	Beweislast des Sozialversicherungsträgers für Vorsatz bei Vorenthalten von Sozialversicherungsbeiträgen	1283
OLG Saarbrücken	2. 3. 2016 – 4 W 1/15	Keine Berücksichtigung der Leiharbeitnehmer bei Schwellenwerten für drittelmitbestimmten Aufsichtsrat.	1286

Vertrags- und Haftungsrecht

BVerwG	23. 3. 2016 – BVerwG 10 C 4.15 +	Anspruch eines Kammermitglieds auf Austritt seiner Kammer aus einem Dachverband	1289
--------	----------------------------------	---	------

Insolvenz- und Sanierungsrecht

BGH	16. 6. 2016 – IX ZR 114/15 +	Zur Begründung von Masseverbindlichkeiten durch den Schuldner im Schutzschirmverfahren	1295
BGH	9. 6. 2016 – IX ZB 17/15	Zur Berücksichtigung des Werts eines belasteten und vom Insolvenzverwalter freihändig veräußerten Grundstücks bei der Berechnung der Verwaltervergütung	1299
BGH	14. 4. 2016 – IX ZR 176/15	Zur Fristsetzung durch das Insolvenzgericht wegen Verzögerung der Verwertung.	1301
OLG Braunschweig	10. 3. 2016 – 1 Ws 56/16	Einsicht des im Insolvenzverfahren bestellten Sachverständigen in die Strafakten des Insolvenzschuldners	1304

Arbeits- und Sozialrecht

LSG Essen	25. 2. 2016 – L 9 AL 70/14	Wiederaufleben des Insolvenzgeldanspruchs nur bei tatsächlicher Rückgewähr von angefochtenen Lohnzahlungen zur Insolvenzmasse	1305
-----------	----------------------------	---	------

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt je eine Beilage des Verlags C. H. Beck, München, der Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, und der Forschungsstelle für Familienunternehmen der Universität Bayreuth, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung!

ZIP

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZG 20/2016



Inhalt

Aufsätze		<i>D. Poelzig</i> , Die Neuregelung der Offenlegungsvorschriften durch die Marktmissbrauchsverordnung	761
Zur Rechtsprechung		<i>H.-J. Priester</i> , Aufsichtsrat per Öffnungsklausel	774
Bericht		<i>G. Burwitz</i> , Neuere Entwicklungen im Steuerrecht – Gewerblich geprägte Personengesellschaften: Anwendung des § 50 i EStG	777
Literatur		<i>M. Born/N. Ghassemi-Tabar/B. Gehle</i> , Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts, Band 7: Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten (Corporate Litigation) (<i>L. Böttcher</i>)	779
		<i>H. Wicke</i> , Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) (<i>T. Nikoleyczik</i>)	779
		<i>Th. Lappe/V. Gattringer</i> , Carve-out-Transaktionen (<i>M. Santelmann</i>)	780
		<i>H. P. Westermann u.a.</i> , Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Band 3: Schuldrecht – Besonderer Teil I §§ 433–534, Finanzierungsleasing, CISG (<i>Red.</i>)	780
Rechtsprechung			
<i>Kapitalgesellschaftsrecht</i>			
BGH	12. 4. 16 – II ZR 275/14	Grenzen der Zustimmungspflicht – Media-Saturn	781
BGH	3. 5. 16 – II ZR 311/14	Darlegungs- und Beweislast des Sozialversicherungsträgers bei Haftungsansprüchen wegen vorenthaltenen Sozialversicherungsbeiträgen	783
KG	23. 7. 15 – 23 U 18/15	Errichtung eines fakultativen GmbH-Aufsichtsrats auch bei Vorliegen einer Öffnungsklausel nur im Wege förmlicher Satzungsänderung	787
<i>Grundbuchrecht</i>			
BGH	4. 12. 15 – V ZR 202/14	Schadensersatz eines vormerkungswidrig im Grundbuch Eingetragenen bei verzögerter Zustimmung (Ls.)	790
OLG München	10. 6. 16 – 34 Wx 160/16	Löschung einer zu Gunsten einer gelöschten Genossenschaft eingetragenen beschränkt persönlichen Dienstbarkeit	790
<i>Handels- und Registerrecht</i>			
KG	31. 7. 15 – 22 W 43/15	Keine Wiedereintragung einer gelöschten GmbH (Ls.)	792
<i>Verfahrens- und Kostenrecht</i>			
EuGH	16. 6. 16 – C-12/15	Deliktgerichtsstand am Erfolgsort bei reinen Vermögensschäden mit Anmerkung von <i>I. Bach</i>	792 794
OLG Hamm	3. 3. 16 – 4 W 127/14	Anordnung des persönlichen Erscheinens bei juristischer Person (Ls.)	796

Steuerrecht

BFH	2. 2.16-IR 21/14	Realisierung des Körperschaftsteuerguthabens im Rahmen einer Liquidation (Ls.)	796
BFH	27. 1.16-XR 2/14	Nutzungsausfallentschädigung für Kfz als Betriebseinnahme (Ls.)	796
BFH	18. 2.16-VR 60/13	Steuerfreiheit der Beteiligungserträge gemeinnütziger Körperschaften aus gewerblich geprägten Personengesellschaften (Ls.)	796
BFH	5.11.15-III R 12/13	Verfassungsmäßigkeit des § 18 II UmwStG 2002 (= UmwStG 1995 idF des StSenkG 2001/2002) (Ls.)	796

Sonstiges Zivilrecht

BGH	12. 4.16-XI ZR 305/14	Sittenwidrigkeit einer Sicherungsübereignung wegen Gläubigergefährdung	796
-----	-----------------------	--	-----

**Fachanwalts-Lehrgang
Handels- & GesR**

5% Frühbucherrabatt
bei Anmeldung bis 3 Monate
vor Veranstaltungsbeginn

Köln Start: 22.09.2016
Stuttgart Start: 20.10.2016

mit Durchführungsgarantie

Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBER-seminare.de

ARBER
seminare
Anwaltsfortbildung

Tel. 07066 - 90 08 0
Fax 07066 - 90 08 22
Kontakt@ARBER-seminare.de
www.ARBER-seminare.de

Anzeigen der Rubrik

„Schulungen/Seminare/Tagungen“

erscheinen auch online unter

www.beck-stellenmarkt.de/Weiterbildung



Beilagen

Mit dieser Ausgabe verbreiten wir folgende Beilagen:

- Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG
- Verlag Dr. Otto Schmidt
- Verlag C.H.BECK

Wir bitten unsere Leser um Beachtung!



ISSN 1434-9272

NZG - Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

Schriftleitung:

Rechtsanwalt Professor Dr. Martin Weber.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M.;
Telefon: (0 69) 75 60 91-0;
Telefax: (0 69) 75 60 91-49;
E-Mail: NZG@beck-frankfurt.de

Verlagsredaktion:

Rechtsanwalt Professor Dr. Martin Weber (verantwortlich für den Textteil).

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das

Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589. Disposition: Herstellung Anzeigen, technische Daten, Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de. Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Götz*.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX.

Erscheinungsweise: Dreimal im Monat.

Bezugspreise 2016: Jährlich € 395,- (inkl. MwSt.). Vorzugspreis für Bezieher unserer Zeitschrift NJW € 369,- (inkl. MwSt.). Einzelheft: € 14,- (inkl. MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden.

Jahrestei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:

Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Bezieher kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Kessler Druck und Medien GmbH & Co. KG, Michael-Schäffer-Straße 1, 86399 Bobingen.



Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Priv.-Doz. Dr. Sebastian Mock, LL.M. (NYU), Attorney-at-Law (New York), Hamburg

Die rückwirkende Anwendung von Bewertungsstandards
– zugleich Besprechung von BGH vom 29.9.2015 = WM 2016, 157 – 1261

Rechtsanwälte Dr. Alexander M.H. Längsfeld, Dr. Bernd Meyer-Löwy und Wolfgang Nardi, München

Neue Anforderungen an Überbrückungskredite?
– Anmerkung zu KG WM 2016, 1073 – 1269

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

Bundesverfassungsgericht 21.6.2016 2 BvR 2728, 2729, 2730, 2731/13, 2 BvE 13/13 Verfassungsbeschwerden und Organstreitverfahren gegen das OMT-Programm der Europäischen Zentralbank erfolglos 1275

Bundesgerichtshof 1.6.2016 IV ZR 80/15* Im Inland niedergelassener Versicherungsmakler in der Regel Mittelsperson im Sinne des Art. 9 Abs. 4 EGVVG a.F. 1288

Bundesgerichtshof 31.5.2016 XI ZR 370/15* Kein Kündigungsrecht nach § 314 BGB für den Gläubiger einer Anleihe trotz Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Schuldnerin, wenn die Schuldnerin bereits Sanierungsbemühungen nach dem Schuldverschreibungsgesetz von 1899 beabsichtigt und zeitnah entfaltet hat 1293

Gesellschaftsrecht

Bundesgerichtshof 15.3.2016 II ZR 114/15* Zur Wirksamkeit einer Absprache, wonach sich zwei Geschäftsführer einer Komplementär-GmbH, die alleinige Gesellschafter der GmbH und alleinige Kommanditisten der Kommanditgesellschaft sind, gegenseitig von der Kommanditgesellschaft zu zahlende Tätigkeitsvergütungen bewilligen 1297

Bundesgerichtshof 19.4.2016 II ZR 123/15* Zur Frage, ob ein Geschäftsführeranstellungsvertrag zwischen der GmbH & Co. KG und dem Geschäftsführer der Komplementär-GmbH durch Erklärungen des Geschäftsführers im eigenen Namen und nach § 181 BGB im Namen der GmbH wirksam verlängert werden kann 1299

Bundesgerichtshof 11.5.2016 XII ZR 147/14 Zur Anwendung der Grundsätze über den fehlerhaften Beitritt zu einer Gesellschaft auf einen unwirksamen Beitritt von Mietern gewerblich genutzter Räume in einem Einkaufszentrum zu einer Werbegemeinschaft in der Rechtsform einer GbR 1302

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

Bundesgerichtshof 9.6.2016 IX ZB 17/15 Keine Berücksichtigung des Wertes eines mit Grundpfandrechten belasteten, vom Insolvenzverwalter freihändig veräußerten Grundstücks bei der Vergütung, wenn weder ein Übererlös noch ein Kostenbeitrag zur Masse fließt 1304

Bundesgerichtshof 9.6.2016 IX ZB 21/15 Zu den formellen Voraussetzungen für einen wirksamen Beschluss der Gläubigerversammlung, einen Sonderinsolvenzverwalter zu bestellen 1306

Bundesgerichtshof	16.6.2016	IX ZR 23/15*	Zur Kenntnis des Gläubigers einer in den Vormonaten deutlich angewachsenen fälligen Forderung von der Zahlungsunfähigkeit des Schuldners, wenn dieser ihm ankündigt, im Falle des Zuflusses neuer Mittel die Verbindlichkeit nur durch eine Einmalzahlung und zwanzig folgende Monatsraten begleichen zu können	1307
Bundesgerichtshof	16.6.2016	IX ZR 114/15*	Zu den Wirkungen der Anordnung des Insolvenzgerichts im Schutzschirmverfahren, dass der Schuldner Masseverbindlichkeiten begründet, auf die Rechtsstellung des Schuldners und die Bruttolohnansprüche der Arbeitnehmer aus schon bestehenden Arbeitsverhältnissen	1310

Bücherschau

Dirk A. Zetzsche (Hrsg.)	The Alternative Investment Fund Managers Directive, 2. Aufl. Rezensent: Rechtsanwalt Dr. Edgar Wallach, Frankfurt a. M.	1315
Adolf Baumbach/Wolfgang Lauterbach/Jan Albers/Peter Hartmann	Zivilprozessordnung, 74. Aufl.	1316
Karlheinz Boujong/Carsten Thomas Ebenroth/Detlev Joost/Lutz Strohn	Handelsgesetzbuch, Band 2, §§ 343-475h, 3. Aufl.	1316

wm-seminare.de

12. Immobilien tag der Börsen-Zeitung

Immobilienfinanzierung, Marktentwicklung und Digitalisierung

u.a. Aktuelle Trends und Herausforderungen auf dem Immobilienmarkt; Immobilienmarkt; Immobilien im Niedrigzinsumfeld; Die aktuelle Preishausse auf dem deutschen Wohnungsmarkt; Zwischen Bremse und Blase; Portfolio-transaktionen; Aktuelle steuerliche Entwicklungen und Trends für die Immobilienbranche; Next Generation Buildings; Wohnungen clever digitalisieren

19. September 2016 – IHK Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main Informationen: Tel. +49 69 2732 553

WM Seminare

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem * gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskräfthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Letfl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Rechtsanwältin Dr. Anna Heidelbach, Leiterin der Rechtsabteilung der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.; Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mülbert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Verlag: Herausberggemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg (Vorsitzender), Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke
Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Dr. Monika Diakité (0 69) 27 32-172, E-Mail: m.diakite@wmrecht.de;
Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mt druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 93,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,14) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2016 Herausberggemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.
Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de



inhalt

ABOSERVICE E-Mail: vvg@inode.at
Online-Ausgabe mit Archiv ab 1993: www.versicherungsrundschau.at

magazin Redaktion: dagmar.straif@vvo.at

Editorial

03

TITEL

Hohes Risiko: 4 von 10 Verkehrsunfällen passieren durch Ablenkung

5 Sekunden „blind“: 200.000 SMS werden täglich aus dem Auto verschickt

04

In der Agrarversicherung setzt sich das Prinzip der „public- private-partnership“ durch

Interview mit Generaldirektor Dr. Kurt Weinberger, Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Hagelversicherung VVaG

08

Regulatorisches Umfeld als große Herausforderung für die polnische Versicherungswirtschaft

Interview mit Jan Grzegorz Prądyński, Präsident des Management Boards des polnischen Versicherungsverbandes (PIU)

12

Ferienzeit mit Sicherheit

Nützliche Tipps, wie man sicher durch die Urlaubszeit kommt

16

International: „Serving our customer in tomorrow's world“

Insurance Europe – 8. Internationale Versicherungskonferenz in Dublin

17

International

Treffen der EU-Koordinatoren von CEE-Versicherungsverbänden in Wien

21

altersvorsorge Redaktion: christina.wuehrer@vvo.at

Die betriebliche Vorsorge der österreichischen Versicherungswirtschaft

Die Bedeutung der betrieblichen und privaten Vorsorge, in Ergänzung zur staatlichen Vorsorge steigt

22

gesundheitsvorsorge Redaktion: ulrike.braumueller@vvo.at

Die Erwartungen der Patienten an ein verbessertes Service im Gesundheitswesen

Eine IFES-Umfrage unter Patienten erhebt Änderungswünsche am derzeitigen Gesundheitssystem

26

Das neue Gesundheits- und Krankenpflegegesetz bringt mehr Rechte für Diplomierte Krankenschwestern und schafft „Pflegefachassistenten“

28

Unfallversicherung gewinnt weiter an Bedeutung

Die private Unfallversicherung ist nicht nur für die Versicherungswirtschaft sondern auch für die Versicherten und die österreichische Volkswirtschaft relevant

30

wissenschaft Redaktion: katharina.trampisch@gvfw.at

Musey, Exegese „Wespenstich Entscheidung 2015“ 7 Ob 103/15w

Kurzfassung des Vortrags im Rahmen der Fachtagung Unfallversicherung

35

Forstner, Neue AUVB-Bemessungstabellen für Organverluste nach stattgehabtem Thorax- oder Abdominaltrauma aus unfallchirurgisch/viszeralchirurgischer Sicht

Kurzfassung des Vortrags im Rahmen der Fachtagung Unfallversicherung

40

Frank, Verletzungen des Discus triangularis

Kurzfassung des Vortrags im Rahmen der Fachtagung Unfallversicherung

42

Rechtsprechung

994.UnfallIV: „Trennungsprinzip“ | 995. RechtsschutzV: Privat-Rechtsschutz; Spekulationsgeschäft

44

Impressum

44

Für Sie gelesen

45

Seminare – Vorträge September/Oktober

46



ABHANDLUNGEN

Mittelbare Diskriminierungen bei Unisex-Versicherungstarifen

J. Hoffmann 95

**Effiziente Risikosteuerung durch die Kfz-Versicherung –
Eine verhaltensökonomische Untersuchung**

S. Korch 121

Vierfelder-Matrix der Markenpositionierung von gesetzlichen Krankenkassen

W. Borocho · D. Matusiewicz 131

BUCHBESPRECHUNG

Seyfarth, Georg: Vorstandsrecht. Carl Heymanns Verlag, Köln, 2016.

XXXV und 1060 Seiten. ISBN 978-3-452-28331-3

C. Armbrüster 149

SCHRIFTTUM

Neuerscheinungen versicherungswissenschaftlicher Bücher – Ausführliche Hinweise

A. Uber · I. Krebs 155



Editorial

Rainer Bechtold/Ulrich Soltész

Brexit: EU-Kartellrecht ohne Großbritannien

301

Aufsätze

Torsten Körber

„Ist Wissen Marktmacht?“ Überlegungen zum Verhältnis von Datenschutz, „Datenmacht“ und Kartellrecht – Teil 1

303

Lars Wiethaus

Price-cost analysis of retroactive rebates: One clarification and three propositions in line with Post Danmark II

310

Lea Katharina Kumkar

Neuere Entwicklungen zu Plattformverboten – Klärung in Sicht?

315

Kurze Beiträge

Andreas Neun

Vergaberechtliche Selbstreinigung für Kartellanten: Jetzt gesetzlich geregelt

320

Entscheidungen

Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)

EuGH	9. 6.2016 – C-608/13 P	Verfahrenssprache, Verhältnismäßigkeit	321
EuGH	9. 6.2016 – C-616/13 P	Zur Befugnis zu unbeschränkter Nachprüfung durch das Gericht	323
EuGH	9. 6.2016 – C-617/13 P	Zur Beurteilung eines Kronzeugenantrags	324
EuGH	16. 6.2016 – C-155/14 P	Zur Haftung der Muttergesellschaft	325
EuGH	16. 6.2016 – C-154/14 P	Zur Haftung der Muttergesellschaft	327

Bundesgerichtshof (BGH)

BGH	7. 6.2016 – KZR 6/15	Zum Missbrauch durch Verlangen einer Schiedsvereinbarung	328
-----	----------------------	--	-----

Oberlandesgerichte (OLG)

OLG Düsseldorf	2. 6.2016 – VI-Kart 5/15 (V)	Zur Rücknahme des Beiladungsantrags	333
OLG Karlsruhe	31. 5.2016 – 6 U 55/16	Zur Lizenzierungspflicht bei einem standardessenziellen Patent	334

Sonstige Gerichte

LG Berlin	19. 2.2016 – 92 O 5/14 Kart	Zur Vergütungspflicht von Google	338
-----------	-----------------------------	----------------------------------	-----

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Handelsbilanzrecht/Rechnungslegung

Die Reform des Abzinsungssatzes für Pensionsrückstellungen nach § 253 Abs. 2 HGB – GoB-konform oder Beihilfe zur Bilanzpolitik?

Prof. Dr. Michael Hommel, Frankfurt/M. / Prof. Dr. Stefan Rammert, Mainz / Florian Kiy, M.Sc., Frankfurt/M.

Mit der Ausweitung des Durchschnittszeitraums bei der Zinsbestimmung für handelsbilanzielle Pensionsrückstellungen von 7 auf 10 Jahre sollen Unternehmen von den Folgen der Niedrigzinsphase entlastet werden. In dem Beitrag werden die Auswirkungen dieser Änderung für die Unternehmen und deren Vereinbarkeit mit den GoB diskutiert.

DB1206906

S. 1585

STEUERRECHT

AUFSATZ

Investmentsteuergesetz

Die InvSt-Reform ist verabschiedet

RA Ronald Buge, Berlin / RA Dr. Peter Bujotzek, LL.M., Frankfurt/M. / RA Dr. Jens Steinmüller, LL.M., Berlin

Das InvStRefG soll das Steuersystem für Investmentfonds verständlicher gestalten und missbräuchliche Steuergestaltungen verhindern. Zur Anpassung an europarechtliche Vorgaben werden in- und ausländische Fonds künftig gleich behandelt. Hinzu kommen Änderungen bei der USt bei der Verwaltung von Investmentvermögen. Die InvSt-Reform soll am 01.01.2018 in Kraft treten. Zudem beinhaltet das Gesetz Regelungen, die die sog. Cum/Cum-Modelle eindämmen. Die eigentliche InvSt-Reform, d.h. das neue InvStG sowie die Änderungen bei der USt, werden dargestellt und bewertet.

DB1209459

S. 1594

Erbschaft-/Schenkungsteuer

Die ErbSt-Reform im Vermittlungsausschuss: Konsequenzen und Risiken für die Nachfolgepraxis bei Familienunternehmen

StB Prof. Dr. iur. Swen Bäuml, Mainz/Frankfurt/M.

Der Bundesrat hat der vom Bundestag verabschiedeten Reform des ErbStG nicht zugestimmt und die Einberufung des Vermittlungsausschusses verlangt. Die Länder fordern, dass die neuen Regeln für Firmenerben grundlegend überarbeitet werden. Vorgestellt werden die wesentlichen Aspekte der Neuregelung sowie die Kritikpunkte des Bundesrats, die zu einer Anrufung des Vermittlungsausschusses geführt haben. Daneben werden Hinweise gegeben, wie Stpfl. in dieser Phase der Rechtsunsicherheit ein größtmögliches Maß an Absicherung aus rechtlicher und steuerlicher Sicht erreichen können.

DB1209461

S. 1600

Bilanzsteuerrecht

Zuwendung von Anteilen an gewerblich geprägten Mitunternehmerschaften an NPOs nicht mehr vollständig privilegiert?

RA/FAStR/StB Dr. Christian Kirchhain, LL.M., Bonn

Die Finanzverwaltung steht auf dem Standpunkt, dass die unentgeltliche Übertragung von Anteilen an einer gewerblich geprägten vermögensverwaltenden Mitunternehmerschaft auf eine gemeinnützige Körperschaft nicht unter § 6 Abs. 3 EStG falle. Dem wird widersprochen. Zugleich wird die Auffassung der Finanzverwaltung kommentiert, dass ein Stpfl. das Buchwertprivileg nach § 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 4 EStG in Anspruch nehmen und so erreichen kann, dass die Anteilsübertragung jedenfalls partiell ertragsteuerneutral ist.

DB1205483

S. 1605

KOMPAKT

Einkommensteuer

Kein anteiliger Abzug von Kosten für gemischt genutzte Nebenräume

RiFG Hans-Ulrich Fissenewert, Stuttgart

DB1209051

S. 1608

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Erbschaft-/Schenkungsteuer

Anwendung des ErbStG auf Erwerbe, für die die Steuer nach dem 30.06.2016 entsteht

Oberste Finanzbehörden der Länder, gleichlautende

Erlasse vom 21.06.2016

DB1209579

S. 1609

Erbschaft-/Schenkungsteuer

Frist zur Antragstellung auf Optionsverschonung nach § 13a Abs. 8 ErbStG

Bayerisches Landesamt für Steuern, Verfügung vom

07.07.2016

DB1209457

S. 1609

Umsatzsteuer

Überlassung eines Pkw durch eine Gesellschaft an ihren Gesellschafter-Geschäftsführer zur privaten Nutzung

OFD Niedersachsen, Verfügung vom 14.06.2016

DB1208803

S. 1610

ENTSCHEIDUNGEN

Bilanzsteuerrecht

Rückwirkende Bildung einer Rücklage nach § 6c EStG bei Erhöhung der Gegenleistung aus einer Grundstücksveräußerung

BFH, Urteil vom 10.03.2016 – IV R 41/13

DB1209721

S. 1611

Einkommensteuer/Abgabenordnung

Abzug ausländischer Steuern in Missbrauchsfällen

BFH, Urteil vom 02.03.2016 – I R 73/14

DB1209720

S. 1615

Erbschaft-/Schenkungsteuer

Festsetzung der ErbSt für den Vorerbfall nach dem Tod des Vorerben

BFH, Urteil vom 13.04.2016 – II R 55/14

DB1208935

S. 1617

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Insolvenzrecht

„Gesellschaftsrechtlich zulässige“ Regelungen im Insolvenzplan (§ 225a Abs. 3 InsO)

Prof. Dr. Ulrich Noack/Tobias Schneiders,

beide Düsseldorf

Das ESUG hat eine Schnittstelle für korporative Eingriffe geschaffen, wonach der Insolvenzplan die Rechte der Anteilshaber einbeziehen kann. Umstritten ist allerdings, wie weit dieser Eingriff reicht. Die InsO verweist auf die gesellschaftsrechtliche Zulässigkeit, die ihrerseits unter den Bedingungen des Planverfahrens zu bestimmen ist. Der Beitrag zeigt, dass insoweit eine weite Gestaltungsfreiheit eröffnet ist.

DB1207941

S. 1619

KOMPAKT

Umwandlungsrecht

Eintragung eines grenzüberschreitenden Formwechsels ins Handelsregister

RAin Heike Richter, Partnerin / Maximilian Backhaus, Düsseldorf

DB1209435

S. 1625

GmbH-Recht

Einziehung eines GmbH-Anteils: Persönliche Haftung der verbleibenden Gesellschafter nur bei treuwidriger Fortsetzung der Gesellschaft

Dr. André Görner, Hamburg

DB1208122

S. 1626

ENTSCHEIDUNGEN

Umwandlungsrecht

Grenzüberschreitender Formwechsel einer französischen Société à responsabilité limitée in eine deutsche GmbH

KG Berlin, Beschluss vom 21.03.2016 – 22 W 64/15

DB1206002

S. 1627

Insolvenzrecht

Insolvenzanfechtung: Zur Kenntnis des Gläubigers von der Zahlungsunfähigkeit des Schuldners

BGH, Urteil vom 16.06.2016 – IX ZR 23/15

DB1208902

S. 1629

Kapitalanlage

Zur außerordentlichen Kündigung von Schuldverschreibungen in der Krise des emittierenden Unternehmens

BGH, Urteil vom 31.05.2016 – XI ZR 370/15

DB1208820

S. 1632

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Arbeitsvertragsrecht

Spielregeln der betrieblichen Übung

RAin/FAinSozR Ingrid-Beate Hampe / Christiane Endriß, beide Ulm

Findet sich für Arbeitnehmeransprüche weder im Arbeitsvertrag noch in Betriebsvereinbarungen oder Tarifverträgen eine Regelung, wird nicht nur im betrieblichen Alltag, sondern auch vor den Arbeitsgerichten schnell die „betriebliche Übung“ bemüht. Gesetzlich geregelt ist sie nicht. Sie wird im Wesentlichen von der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung geprägt – und das z.T. in erstaunlicher Art und Weise. Aus der Sicht eines Arbeitgeberverbands werden Empfehlungen und Hinweise zum Umgang mit dem Rechtsinstitut für die Praxis gegeben.

DB1204895

S. 1635

KOMPAKT

Entgeltrecht/Tarifvertragsrecht

Kein Anspruch auf künftige Tarifierhöhungen aus betrieblicher Übung

RA/FAArbR Klaus Thönißen, LL.M. (San Francisco), Essen

DB1205482

S. 1640

ENTSCHEIDUNGEN

Arbeitnehmerüberlassung

Beiderseitiger Forderungsverzicht kann Ansprüche auf equal pay erfassen

BAG, Urteil vom 24.01.2016 – 5 AZR 258/14

DB1205368

S. 1641

Kündigungsrecht/Arbeitsvertragsrecht

Direktionsrecht: Keine Pflicht des Arbeitnehmers zur Befolgung unbilliger Weisungen bis zur gerichtlichen Klärung

LAG Hamm, Urteil vom 17.03.2016 – 17 Sa 1660/15

DB1205163

S. 1642

Betriebsverfassungsrecht

Ab- und Anmeldeverpflichtung von freigestellten Betriebsratsmitgliedern bei Tätigkeiten außerhalb des Betriebs

BAG, Beschluss vom 24.02.2016 – 7 ABR 20/14

DB1207366

S. 1643

Entgeltrecht/Arbeitsvertragsrecht

Vorübergehende Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit im Rahmen billigen Ermessens

BAG, Urteil vom 27.01.2016 – 4 AZR 468/14

DB1205420

S. 1644

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Sonstige BWL

Welche Informationsquellen sind für die Anlageentscheidung am relevantesten?

Prof. Dr. Henning Zülch / Christoph-Ernst Benary, M.Sc. / Johannes Hottmann, M.Sc., alle Leipzig

Die Effektivität von Finanzkommunikation basiert zu einem großen Teil auf dem Verständnis des Informationsbeschaffungsverhaltens der institutionellen bzw. der individuellen Investoren. Auf Basis einer umfangreichen Analyse des gegenwärtigen Schrifttums wird die unterschiedliche Informationsbeschaffung beider Investorengruppen verglichen.

DB1204656

S. 1509

Handelsbilanzrecht/Rechnungslegung

Neudefinition der Umsatzerlöse und Anpassung der Größenklassen gem. BilRUG

Prof. Dr. Kerstin Lopatta / Mario Gloger / Dr. Thomas Kaspereit / Michael Nordbrock, alle Oldenburg

Hauptmerkmale des BilRUG sind eine Neudefinition des Begriffs der Umsatzerlöse und neue Größenklassen in Bezug auf Jahresabschluss- und Offenlegungspflichten. Während letztere zur Entlastung der Bilanzierer beitragen soll, können die tatsächlichen Effekte durch einen definitionsbedingten Anstieg der Umsatzerlöse gemindert werden.

DB1206905

S. 1516

STEUERRECHT

AUFSATZ

Abgabenordnung

Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens

StB Dipl.-Kffr. Martina Ortmann-Babel, Stuttgart / StB/RA Verona Franke, Eschborn

Wichtige Aspekte des Gesetzes wie z.B. die vollautomatische Bearbeitung von Steuererklärungen unter Einsatz von Risikomanagementsystemen, die Verlängerung der gesetzlichen Abgabefristen, die neuen Hürden für die Fristverlängerung, die Einführung automatisierter Verspätungszuschläge, die Änderungen bei der Erteilung verbindlicher Auskünfte und die Klärung der Herstellungskostenuntergrenze werden aufgezeigt und einer ersten Bewertung unterworfen.

DB1208466

S. 1521

Internationales Steuerrecht

Scheiden tut weh: Brexit – die steuerlichen und rechtlichen Folgen

Dr. Fariba Peykan / Dr. Mathias Hanten / Dietmar Gegusch et al.

Nach dem Brexit werden Unternehmen mit Geschäftsbeziehungen zum Vereinigten Königreich von den zu erwartenden geänderten steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen direkt betroffen sein. Gezeigt wird, mit welchen steuerlichen und rechtlichen Konsequenzen deutsche Unternehmen rechnen müssen.

DB1208809

S. 1526

Internationales Steuerrecht

Die Nichtanwendungsgesetze des RefE eines „Anti-BEPS-Umsetzungsgesetzes“

RA/FAStR Dr. Sebastian Benz / RA/StB Dr. Julian Böhmer, beide Düsseldorf

Der Referentenentwurf eines ersten „Anti-BEPS-Umsetzungsgesetzes“ beinhaltet neben der Umsetzung der OECD/G20-Beschlüsse zur Stärkung der grenzüberschreitenden Transparenz in nationales Recht eine Reihe von „Nichtanwendungsgesetzen“ sowie Sondervorschriften über die Behandlung von Beteiligungserträgen für Finanzunternehmen und über den Informationsaustausch über Finanzkonten. Diese weiteren Gesetzesvorschläge werden eingehend erörtert.

DB1208810

S. 1531

KOMPAKT

Umsatzsteuer/Internationales Steuerrecht

Doppelbesteuerung im grenzüberschreitenden E-Commerce

RA/StB Dr. Jens-Uwe Hinder, LL.M., Berlin

DB1204381

S. 1537

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Einkommensteuer

Behandlung von Vorsorgeaufwendungen und Altersbezügen

BMF, Schreiben vom 04.07.2016

DB1208919

S. 1538

Einkommensteuer/Umsatzsteuer

Steuerliche Maßnahmen zur Unterstützung der Opfer der Unwetterlage von Ende Mai/Anfang Juni 2016 in Deutschland

BMF, Schreiben vom 28.06.2016

DB1208921

S. 1538

ENTSCHEIDUNGEN

Bilanzsteuerrecht

Kein Wegfall des Buchwertprivilegs einer Teilmitunternehmeranteilsübertragung trotz späterer Ausgliederung eines zunächst zurückbehaltenen Wirtschaftsguts

BFH, Urteil vom 12.05.2016 – IV R 12/15

DB1208941

S. 1540

Umwandlungssteuerrecht/Gewerbesteuer

GewSt bei Übergang des Vermögens einer KapGes. auf eine PersGes. mit anschließender Vermögensübertragung auf eine Schwesterpersonengesellschaft

BFH, Urteil vom 28.04.2016 – IV R 6/13

DB1208939

S. 1544

Grunderwerbsteuer

Verwertungsbefugnis bei Treuhandverhältnissen

BFH, Urteil vom 20.04.2016 – II R 54/14

DB1208437

S. 1546

Umsatzsteuer

Zur (zweifachen) Berichtigung der USt bei und nach der Bestellung eines sog. starken vorläufigen Insolvenzverwalters

BFH, Urteil vom 01.03.2016 – XI R 21/14

DB1208437

S. 1548

WIRTSCHAFTSRECHT



AUFSATZ

Kapitalmarktrecht

Verschwiegenheitspflicht und Wissenszurechnung – insbesondere im Konzern und mit Blick auf die Pflicht zur Ad-hoc-Publizität

Prof. Dr. Mathias Habersack, München

Mit Urteil vom 26.04.2016 hat der XI. Zivilsenat des BGH entschieden, dass einer Bank das Wissen ihres Prokuristen, das dieser als Mitglied des Aufsichtsrats einer AG erlangt hat und das der Verschwiegenheitspflicht gem. §§ 116 Satz 1, 93 Abs. 1 Satz 3 AktG unterliegt, nicht zuzurechnen ist. Der Beitrag zeigt auf, dass die Entscheidung auch für die in Konzernkonstellationen typischen personellen Verflechtungen von Bedeutung ist, und geht darüber hinaus Fragen der Wissenszurechnung im Zusammenhang mit der Pflicht zur Ad-hoc-Publizität (§ 15 WpHG, Art. 17 MMVO) nach; insbesondere legt er dar, dass in Fällen, in denen sowohl die Mutter als auch die Tochter Normadressaten des § 15 WpHG, Art. 17 MMVO sind, eine Publizitätspflicht der Mutter nur insoweit anzuerkennen ist, als der Vorgang aufseiten der Mutter weitere, über die nur reflexartige Vermittlung der wirtschaftlichen Folgen hinausgehende Folgen zeitigt.

DB1207519

S. 1551

KOMPAKT

Insolvenzrecht

Anforderungen an den Entlastungsbeweis des Gläubigers zur Vermeidung der Vorsatzanfechtung

RA Dr. Stefan Proske / RA Florian Palm, beide Berlin

DB1208464

S. 1558

ENTSCHEIDUNGEN

Haftungsrecht/Sozialversicherung

Zum Vorsatz eines GmbH-Geschäftsführers bei Vor-enthaltung von Sozialversicherungsbeiträgen

BGH, Urteil vom 03.05.2016 – II ZR 311/14

DB1207909

S. 1559

Personengesellschaftsrecht

Zulässige Vereinbarung einer Vergütung eines Kommanditisten im Gesellschaftsvertrag der KG für die Geschäftsführungstätigkeit in der Komplementär-GmbH

BGH, Urteil vom 15.03.2016 – II ZR 114/15

DB1208949

S. 1562

Personengesellschaftsrecht

Zur wirksamen Verlängerung des Geschäftsführer-anstellungsvertrags zwischen einer GmbH & Co. KG und dem Geschäftsführer der Komplementär-GmbH

BGH, Urteil vom 19.04.2016 – II ZR 123/15

DB1208953

S. 1564

Insolvenzrecht

Keine Anfechtung der Zahlung von Arbeitnehmerbeiträgen zur Sozialversicherung im Falle der Ermächtigung des Insolvenzschuldners zur Begründung von Masseverbindlichkeiten im Schutzschirmverfahren

BGH, Urteil vom 16.06.2016 – IX ZR 114/15

DB1208901

S. 1567

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Betriebliche Altersversorgung

Zur Anpassung von Pensionskassen- und sonstigen Versorgungszusagen an das Niedrigzinsniveau

Prof. Dr. Reinhold Höfer, Luzern

Wegen des anhaltenden Niedrigzinsniveaus fällt es Pensionskassen immer schwerer, die versprochenen Versorgungsleistungen zu finanzieren. Deshalb senken sie auch bei bestehenden Verträgen die Leistungen aus künftigen Prämienzahlungen. Es wird gezeigt, ob und inwieweit der Arbeitgeber für jene Leistungskürzungen einstehen muss.

DB1207568

S. 1571

Kündigungsrecht

Unternehmensweite Weiterbeschäftigungspflicht und betriebsbezogene Sozialauswahl

RA/FAArbR Dr. Herbert Hertzfeld, Köln

Wenn in einem Betrieb eines Unternehmens Personal abgebaut werden soll, gleichzeitig aber im selben oder einem anderen Betrieb freie Stellen bestehen, stellen sich ungelöste Fragen im Spannungsfeld von unternehmensweiter Beschäftigungspflicht und betriebsbezogener Sozialauswahl. Diese werden anhand von Beispielfällen unter Berücksichtigung der höchstrichterlichen Rechtsprechung geklärt. Anschließend wird untersucht, ob der Arbeitgeber seine Rechtsposition durch eine „Flucht in das Kollektivrecht“ in Form eines Abschlusses von Auswahlrichtlinien oder eines Interessenausgleichs mit Namensliste verbessern kann.

DB1206844

S. 1575

KOMPAKT

Betriebsübergang

Neue fiktive Monatsfrist für den Widerspruch bei falscher Unterrichtung vor dem zweiten Betriebsübergang

RA/FAArbR Rudolf Hahn, Erfurt

DB1204896

S. 1579

ENTSCHEIDUNGEN

Betriebliche Altersversorgung

Pensionskasse – Einstandspflicht des Arbeitgebers bei Herabsetzung der Leistungen

BAG, Urteil vom 15.03.2016 – 3 AZR 827/14

DB1206914

S. 1581

GStB Gestaltende Steuerberatung

Steuerplanung · Steueroptimierung · Gestaltungsmodelle



Ihr Plus im Netz: gstb.iww.de | S. 237 – 272
Online | Mobile | Social Media

07 | 2016

Kurz informiert

- Steuerbefreiung für Familienheime entfällt rückwirkend 237
Herabsetzung GewSt-Messbetrag: Keine Klagebefugnis der Gemeinde 237
§ 6b-Rücklage: Übertragung vor Fertigstellung des Ersatzwirtschaftsguts 238

Freiberufler-Sozietät

- Positives Signal vom BFH:
Begünstigte Realteilung trotz Fortführung einer Personengesellschaft 239

Investmentsteuergesetz

- Eine „unendliche Geschichte“:
BMF äußert sich erneut zur Besteuerung schwarzer Fonds 243

Steuerticker

- Neues aus der Rechtsprechung auf den Punkt gebracht! 245

Konzernsteuerrecht

- Gilt das Steuerprivileg des § 6a GrEStG
auch für erst in den Konzern „hineingeborene“ Gesellschaften? 249

Unternehmensnachfolge

- Tod eines Einzelunternehmers:
Ertragsteuerliche Rechtsfolgen und Gestaltungsmöglichkeiten 254

Umsatzsteuer

- Erfolglose Unternehmensgründung:
Vorsteuerabzug ist rechtsformabhängig! 259

Kapitalgesellschaften

- Strittige Fragen zum Gewinnermittlungszeitraum
in der Abwicklung einer GmbH nach § 11 KStG 265



IMPULS

Erfolgsmodell Mittelstand zukunftsfest machen

Hans Peter Wollseifer » 761



ASSURANCE

ANALYSE

„Vier-Augen-Prinzip“ bei gesetzlichen Abschlussprüfungen? – Auswirkungen der neuen Berufssatzung WP/vBP vom 21.06.2016

Dr. Wolf-Michael Farr » 762

IDW EPS 920: Prüfung des EMIR-Systems

Folker Trepte und Prof. Dr. Christian Debus » 771



RECHNUNGSLEGUNG

KOMPAKT

Einzelfragen der Bilanzierung von Finanzinstrumenten nach IFRS 9

(IDW ERS HFA 48) » 779

Bekanntmachung von DRÄS 6 und DRÄS 7 » 780

Änderung von IFRS 2 » 780

Änderung von IFRS 3 und IFRS 11 » 780

EFRAG: neuer Präsident » 781

Aus der Arbeit des FASB » 781

ANALYSE

Praxisfragen zur Klassifizierung und Bewertung finanzieller Vermögenswerte bei Kreditinstituten – Erläuterungen zum Entwurf IDW ERS HFA 48

Wolfgang Weigel, Peter Schütz, Sylvie Hensen, Andreas Wolsiffer,

Dr. Silke Blaschke, Dieter Gahlen, Dr. Ralf Struffert, Michael Vietze » 782

Entwicklung leistungsorientierter Pensionsverpflichtungen in der Niedrigzinsphase – Eine empirische Analyse europäischer Unternehmen

Prof. Dr. Bernhard Pellens, Omar Barekzai, Kai Hüttermann und

Ann-Kathrin Schmeling » 792



FINANCIAL SERVICES

KOMPAKT

Lage und Entwicklung der Finanzstabilität » 802



MANAGEMENT & BERATUNG

KOMPAKT

- Kodex-Konferenz 2016 » 803
 Neues Dialogforum über die Rolle der Corporate-Governance-Kodizes » 804
 Digital Leadership: Nachholbedarf bei deutschen Unternehmen » 804

ANALYSE

- Übergewinnmethode und Unternehmensbewertung von Banken –
 Eine Anwendung der Marktzinsmethode
Prof. Dr. Bernhard Schwetzler » 805



STEUERN & RECHT

KOMPAKT

- Ausgestaltung und Prüfung von Tax-Compliance-Management-Systemen » 815
 IDW zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie » 816
 Schenkung einer im Inland belegenen Immobilie » 817
 Ausgleichs- und Abzugsbeschränkung für Verluste aus betrieblichen
 Termingeschäften verfassungsgemäß » 817

ANALYSE

- Aktivierungswahlrecht für Herstellungskosten in der Steuerbilanz
Dr. Georg Rodermond » 818

ONLINE-DATENBANK DER WPG



Am Ende eines jeden Beitrags in der WPg finden Sie einen Code, die sogenannte „DOC-ID“ (z. B. W1006745).

Diese DOC-ID unterstützt Sie bei der Nutzung der erweiterten Online-Datenbank der WPg (WPg online). Im Suchfeld der Datenbank werden Sie durch die Eingabe der DOC-ID schnell und bequem den gesuchten Beitrag finden. Nähere Informationen finden Sie unter www.wpg.de.

WERDEN SIE AUTOR IM IDW VERLAG!

Haben Sie Interesse an einer Autorenschaft bzw. Veröffentlichung im IDW Verlag?
 Nehmen Sie Kontakt mit uns auf.

Senden Sie eine E-Mail an Annette Preuß (preuss@idw-verlag.de), in der Sie sich, Ihre Qualifikation und Ihre Produktidee kurz vorstellen. Oder rufen Sie direkt an – auch wenn Sie nicht selbst schreiben, sondern eine Empfehlung oder Anregung geben wollen: (0211) 4561-278.

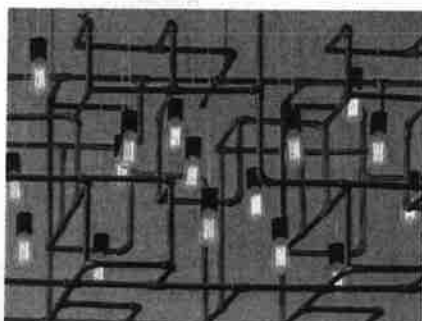
Wir freuen uns über Ihre Kontaktaufnahme und melden uns kurzfristig zurück.



22 | COVER STORY

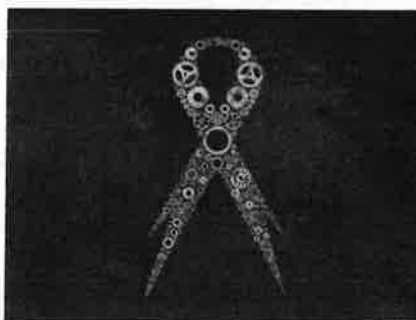
Navigating the path to success in accounting practice sales

This article provides guidance on avoiding hazards that can derail the sale of a CPA firm and jeopardize the financial future of the firm and its owners.



28 | Nurturing the human element

Through a global career progression framework and real-time feedback, PwC is attempting to develop and retain talent in the hopes of continuing to improve audit quality.



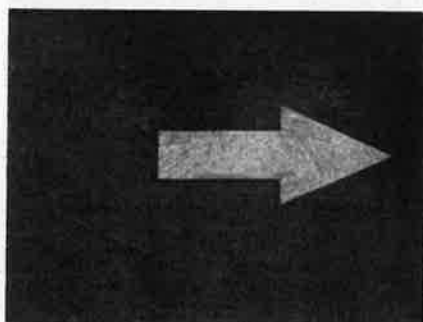
34 | Getting creative in fundraising

As the competition for donations grows, not-for-profits are turning to events, partnerships, and technological tools for success in fundraising.



42 | How CPAs can make the most of their tech resources

When it comes to technology, knowledge is power. What knowledge do CPAs need and how can they acquire it? The *JofA's* panel of tech experts offers advice.



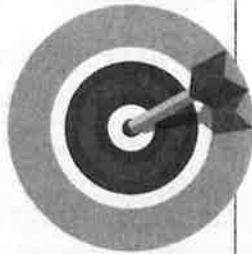
50 | When clients should open or convert to a Roth IRA

These versatile accounts belong in every adviser's retirement strategy toolkit. ☞

CONTENTS

NEWS DIGEST

- 9 | *Expected credit loss standard moves forward*
FASB proposes technical corrections and changes
FASB proposal addresses details on restricted cash
FASB makes additional revenue recognition clarifications
Firms to disclose engagement partners under PCAOB rules
PCAOB considers an update for audit inspections
PCAOB warns against altering audit documentation
Proposal brings new scrutiny to executives' incentives
PCAOB refines auditor's reporting model proposal
New standard guides public-private partnership disclosures
FASB may simplify goodwill impairment testing
Audit data standards proposed for inventory subledger account
Key dates; Drafts outstanding



COLUMNS

17 | Professional Liability Spotlight

The unexpected risks of trustee services
CPAs who agree to perform trustee services have to take more into account than just helping a client.

19 | Checklist

Making workflows work
These best practices can lead to better productivity and improved client satisfaction and retention.

20 | From CGMA Magazine

4 deal roadblocks and how to steer around them
Sell-side due diligence can help identify potential problems with finances, systems, and culture when a company is considering whether to merge, acquire, or be acquired.



64 | From The Tax Adviser

Rules change for ITINs and tax credits
The PATH Act of 2015 established new limitations on filing for certain credits.

66 | Tax Practice Corner

Schoolteachers' deduction no longer tardy
The PATH Act of 2015 modifies and makes permanent this aid to elementary and secondary educators.

70 | Tax Matters

Infrequent sale of scrap steel is not subject to self-employment tax
Prohibited transaction results in deemed IRA distribution 
Undue influence over elderly man results in taxable income and penalties for caregiver
IRS customer phone service improved in 2016
Tuition statements still might not report amount paid
New and revised vehicle depreciation limits issued 

76 | Expanding Your App-titude

Wappwolf adds automation to the cloud equation
See the digital signals around you with Architecture of Radio

80 | Technology Q&A

This month's column features smartphone and remote printing tips and also illustrates how to build an Excel-based dartboard.

86 | Where to Turn

88 | The Last Word

Andrew Mintzer, CPA/CFF, CGMA, a principal in the forensic and financial accounting services group at Hemming Morse LLP in Los Angeles, says auditors may detect material misstatements caused by fraud if they keep asking questions when they find that things don't look right.



SPONSORED REPORT

What to know before you commit to the cloud
Answers to important questions can help CPAs and firms make the right decision.

PAGE 57

CPE DIRECT

Another major benefit for *JofA* readers
Stay current through the *JofA* and earn CPE credit based on *JofA* articles—with the CPE Direct self-study subscription program. You can earn up to 48 CPE credits a year. Quarterly CPE Direct study guides combine *JofA* articles with supplementary materials and exams. An annual subscription is \$189 for AICPA members or \$236.25 for nonmembers. For more information or to order, visit cpa2biz.com/cpe, or call 888-777-7077.



This symbol identifies articles in the CPE Direct self-study program.



Editorial	513	
Inhaltsverzeichnis	515	
Im Fokus	516	Nachfolgeplanung, (K)ein Thema für Wirtschaftsprüfer

IDW Intern	524	Im Gespräch mit Karl-Heinz Brosent
	525	Standpunkte
	526	Aus den Fachgremien
	528	Blick nach innen/außen

IDW Veranstaltungen	533	Veranstaltungsbericht
	535	Vorankündigung
	537	Veranstaltungskalender

IDW Service	539	Zahlen aus der Wirtschaft
	540	Die fachliche Frage
	542	Rechtsprechung
	544	Das IDW stellt sich vor / Ansprechpartner

Verlautbarungen & Fachliche Hinweise	545	IDW Fachnachrichten
--------------------------------------	-----	----------------------------

Impressum IDW Life und IDW Fachnachrichten

Herausgeber und Verlag
Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.

Tersteegenstr. 14, 40474 Düsseldorf
Postfach 32 05 80, 40420 Düsseldorf
Tel.: (0211) 45 61-0, Fax: (0211) 4 54 10 97
www.idw.de, info@idw.de

ISSN 2365-0303

V. i. S. d. P.
WP StB Prof. Dr. Klaus-Peter Naumann,
Sprecher des Vorstands

Redaktion
Dipl.-Volksw. Cornelia Schrage (verantw.)
Tel.: (0211) 45 61-105, Fax: (0211) 45 61-204
Dr. Karl-Heinz Armeloh, RAin Annette Schmid

Abdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Erscheinungstag:
Immer zum 8. des Monats.

Anzeigen- und Beilagenaufträge
IDW Verlag GmbH
Jochen Kolb
Tersteegenstraße 14, 40474 Düsseldorf
Tel.: (0211) 4516-151, Fax: (0211) 4561-88-151
E-Mail: kolb@idw-verlag.de

Anzeigenpreise
Zurzeit gelten die Preise & Bedingungen der
Mediadaten 2016. Anzeigenschluss: 14 Tage
vor Erscheinen.

Bezugspreise
Der Bezugspreis für ein Exemplar je Nummer ist im Mit-
gliedsbeitrag enthalten. Zusatzexemplare je Nummer 4,- Euro
zuzüglich Mehrwertsteuer.

Bildrechte
Titel: ©istock.com/mactrunk; S. 514, 523 u. S. 592: ©fotolia.
com/kasto; S. 517: ©istock.com/OJO_Images; S. 519: ©istock.
com/BraunS; S. 522: ©istock.com/Squaredpixels; S. 525 u.
S. 526: ©fotolia.com/scusi; S. 528: ©istock.com/james-
james2541; S. 533 u. 542: ©istock.com/A-Digit; S. 536:
©Eigenland GmbH, S. 538: ©istock.com/RonyZmiri; S. 540:
©istock.com/mustafahacalaki; S. 544 links: ©istock.com/
AndreyPopov; S. 544 Mitte: ©istock.com/Emir Memedovski;
S. 544 rechts: ©istock.com/OJO_Images; S. 590 u. S. 591:
©istock.com/DoroO

Druck:
Bagel Security-Print GmbH & Co. KG, Mönchengladbach